

# Kunst und Kommunikation als revolutionäres Werkzeug (S. 8)

22 | März 1976

## Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

- 2 Solidarität mit den Kärntner Slowenen!
- 4 Innsbruck: Glückliche Stadt der sauberen Spiele
- 13 Spanien: Kontinuität oder Bruch?
- 16 Portugal: Zwischen Euphorie und Resignation
- 17 "Fall Pliuschtsch": Linksoption im Exil
- 22 Publizistikstudenten organisieren sich gewerkschaftlich

# Ein Dank den Terroristen

Das Stichwort gaben die OPEC-Terroristen: Um die österreichische Bevölkerung gegen terroristische Übergriffe besser zu schützen, forderte der Sicherheitssprecher der ÖVP, der Wiener Abgeordnete Bauer, bei der "Sicherheitsdebatte" im Nationalrat die Errichtung einer eigenen "Terrorbekämpfungstruppe", eine genauere Überwachung "verdächtiger Personen", eine stärkere Kontrolle von einreisenden Ausländern und einen besseren "Objektschutz". Unter dem publikumswirksamen Titel der Terroristenbekämpfung wurden da handfeste Schritte hin zum Polizeistaat gefordert. Denn, so betonte Bauer, in der konkreten OPEC-Affäre hätte auch die ÖVP nicht anders gehandelt.

Worum es ging, machte Bauer klar, als er den OPEC-Überfall und die seiner Ansicht nach unzureichenden Gegenmaßnahmen der Exekutive mit der Unterstützungserklärung der "Jungen Generation" der SPÖ für die MPLA in Angola sowie mit der Aktion gegen die Iberia und gegen die spanische Botschaft in Verbindung brachte. Jetzt versteht man auch besser, was mit der genaueren Überwachung von "verdächtigen Personen" und der verstärkten Kontrolle von einreisenden Ausländern bezweckt werden soll: getroffen werden soll vor allem die revolutionäre Linke und überhaupt die Arbeiterschaft. FPÖ-Broesigke versprach sich so schön, als er von der "Sicherheit nach unten – äh – nach innen"

sprach. In diesem Zusammenhang fragte auch FPÖ-Zeilingner nach dem Einsatz von Wasserwerfern (die, österreichische Schlamperei als Milderung der bitteren Realität, nur auf Autobahnen ob ihres Gewichtes eingesetzt werden können); forderte die "Presse" die Verwendung von Schutzschildern und Schlagstöcken bei der Polizei und die Wiederaufstellung eines berittenen Korps. Was der von der ÖVP geforderte "Objektschutz" ist, bekamen vor kurzem die Arbeiter des Aluminiumwerks in Ranshofen zu spüren, die von einer Bundesheereinheit im Kampfanzug beim Verlassen des Betriebes "gefilit" wurden (genauer zum Objektschutz

Seite 2



## Gedächtnisprotokoll und Dokumentation zum „Fall Altvater“

"Mein Fall kann gerade noch als möglicher 'Ausrutscher', als 'Übergriff' subalternen Beamter, als 'Übertreibung' der österreichischen Organe interpretiert werden. Aber sind einmal bestimmte liberale, rechtsstaatliche Prinzipien durchbrochen worden, dann gewinnt die politische Verfolgung eine Dynamik, ihrer eigenen Logik folgend: Die gleichen Gründe, mit denen Leute vom öffentlichen Dienst ferngehalten werden – 'politische Aktionen', Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung' usw. können auch dazu verwendet werden, Leute ins Gefängnis zu werfen. Dem muß mit allen politischen und rechtlichen Mitteln entgegengewirkt werden. Deshalb habe ich auch diesen Bericht verfaßt."

Elmar Altvater

Beilage im Inneren des Heftes

Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

## offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT: WIEN  
VERLAGSPOSTAMT / 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ – Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.  
Redaktion: 1090 Wien, Porzellan-gasse 33 a, Telefon: 34 67 145.  
Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Ungezeichnete Artikel sind Organisationsmeinung.

Einzelpreis: S 5,-  
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:  
223-102-976, Länderbank Wien.

Fortsetzung von Seite 1

## Ein Dank den Terroristen

siehe "Das Bundesheer probt bereits den Bürgerkrieg", 'offensiv links' Juli/August 1975).

Die SPÖ reagierte gegenüber solchen Vorhaltungen von ÖVP-Seite zwiespältig: Sie setzte eher auf die Sozialpartnerschaft, um die Arbeiter niederzuhalten, auf eine Gewerkschaftsführung, die die Gewerkschaftsmitglieder diszipliniert und sie sogar Reallohnverluste hinnehmen läßt, ohne viel aufzumucken. Genauso, wie sie gegenüber Berufsverbot-Gasperschütz eher für Integration der oppositionellen Kräfte denn für ihren Ausschluß aus dem Staatsdienst eintritt. Aber ob das weiterhin so einfach möglich sein wird, ist fraglich, und so baut auch die SPÖ vor: Innenminister Rösch teilte mit, daß die Exekutive insgesamt um 1 200 Personen aufgestockt wird und daß die Wiedereinführung der Fußpatrouille geplant ist. Was das bedeuten kann, mag man am Beispiel Westberlins erkennen: dort wurde der Rayonsposten wieder eingeführt, um in engem Kontakt mit Hausbesorgern und Kneipenbesitzern das Vorhandensein und die Lebensweise "verdächtiger" Elemente genauer kontrollieren zu können.

Der Überfall auf die OPEC hat in seiner konkreten Sinnlosigkeit (Verlesung eines politischen Manifests an die Österreicher auf französisch, kostenloser Transfer der Erdölminister nach Algier bzw. Tripolis) zumindest eine Funktion gehabt, nämlich den Vorwand für Maßnahmen abzugeben, die vor allem gegen den "inneren Feind" gerichtet sind.

P.L. ★

Auf Wiedersehen Herr Carlos! Und nochmals vielen Dank. Sie haben uns sehr geholfen.



a friendly handshake

Minderheitenfeststellung:

## Solidarität mit den Kärntner Slowenen!

Am 20. Februar wurde im Parlament das Gesetz über die Minderheitenfeststellung – oder, wie es verschleiert heißt: die Volkszählung besonderer Art – beschlossen. Entgegen der Propaganda des Kärntner Heimatdienstes, der in der Minderheitenfeststellung eine 'Garantie des Friedens' in Kärnten sehen will, wird diese Volkszählung den Sprachenhader und den von nationalen Ressentiments geprägten Kampf in jedes Dorf in Kärnten tragen.

Wenn man danach fragt, wem dieses Gesetz eigentlich nützen soll, so fällt folgendes auf: Kärnten ist das Bundesland mit der höchsten Arbeitslosen-

rate, kaum industrialisiert (fast alle Arbeiter sind Bauern mit einer Zweitbeschäftigung), die Sanierungsgrube des Fremdenverkehrs beginnt immer mehr zu versiegen usw. Spricht man in Stadt und Land mit einfachen Menschen, so werden nicht selten die Ursachen dieser Misere im Slowenenkonflikt gesucht. Diese Identifizierung gelingt vor allem über die Flucht in die Geschichte. Auf diesem Weg wird es möglich, gegenwärtige Repression mit vergangener Unterdrückung zu assoziieren; der Schluß, den Sündenbock in der Minderheit (oder auch in allen Deutschsprachigen) zu suchen, liegt dann

nicht mehr fern. Gefährlich erscheint an dieser Entwicklung der auftretende Realitätsverlust (Kärntner 'Uranngst': "Die Jugos kommen!"), genauso wie die Unfähigkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Aus diesem Grund ist auch die Minderheitenfeststellung abzulehnen, weil sie in keiner Weise zu irgendeiner Art von Verständigung und Solidarität beiträgt, sondern im Gegenteil die Hetze verschärft. Man kann eine Minderheit nicht gegen ihren Willen zählen und über sie verfügen wie über eine Herde von Ochsen.

Das Gesetz zur Minderheitenfeststellung enthält auch einige weitere Folgerungen: Erstens soll eine Volkszählung immer wieder durchgeführt werden können und zweitens bleibt offen, ob diese Zählung geheim oder öffentlich (!) veranstaltet werden wird! Darüberhinaus spricht man von einem Prozentsatz (für ev. zu gewährende Rechte) von 25%, wozu der international anerkannte Völkerrechtler Prof. Veiter vor kurzem in einem Vortrag in Klagenfurt feststellte, das international legitime Maß eines solchen Prozentsatzes läge zwischen 6 und 10%!

#### ZUM POLITISCHEN STANDPUNKT DER PARTEIEN

Alle Parteien in Kärnten mit Ausnahme der KPÖ einigten sich im besten Einvernehmen darauf, daß die Erfüllung der Rechte der slowenischen Minderheit an eine bestimmte Zahl von sich deklarenden Slowenen gebunden sein soll. Während FPÖ und ÖVP offen zu Argumenten greifen, die einer nationalistischen Abgrenzung von "Deutschen" und "Nicht-

deutschen" dienen sollen, beschränkt sich die SPÖ auf eine demagogische Lavierertaktik zwischen den Slowenorganisationen und dem faschistoiden Kärntner Heimatdienst, um sich keine Wählerstimmen zu verscherzen. So entblödete sich doch der "sozialistische" Landeshauptmann Wagner nicht, in einer Wahlrede zu betonen, daß auch er ein strammer Hitlerjunge gewesen war.

Vor kurzem wurde in Klagenfurt ein Solidaritätskomitee gegründet, dem bis heute ca. 25 Organisationen (9 slowenische und 16 deutschsprachige) beigetreten sind. Unter anderem die KP-Organisationen BDL (Bund Demokratischer Lehrer), BDF (Bund Demokratischer Frauen), KJÖ (Kommunistische Jugend Österreichs) und KSV (Kommunistischer Studentenverband), sowie BKS (Bund Kärntner Studenten), VSStÖ (Verband Sozialistischer Studenten), ÖH (Österreichische Hochschülerschaft), KGK (Kommunistische Gruppe Klgt.), KAJ (Katholische Arbeiterjugend), Amnesty International und weitere konfessionelle Organisationen.

Dieses Komitee hat sich bereits in einigen Veranstaltungen profilieren können. Die grundsätzliche Ausrichtung der Arbeit wird in nebenstehender Plattform erklärt.

Jene Organisationen, die diese Plattform gutheißen, können jederzeit dem Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen beitreten.

Klagenfurt, 1976-01-26.

T. M. ★

#### PLATTFORM DES SOLIDARITÄTSKOMITEES FÜR DIE RECHTE DER KÄRNTNER SLOWENEN

Das von den drei im Parlament vertretenen Parteien angeregte Gesetz zur Durchführung einer Volkszählung besonderer Art wurde in letzter Zeit zur Begutachtung ausgesandt. Mit dem Gesetz, das auf eine Minderheitenfeststellung hinausläuft, soll die Gewährung der im Artikel 7 verankerten Rechte der Kärntner Slowenen von ihrer zahlenmäßigen Stärke abhängig gemacht werden.

Dieses Gesetz wurde gegen den Willen der Kärntner Slowenen und vieler demokratischer Organisationen Österreichs entworfen. Das veranlaßt das Solidaritätskomitee für die Rechte der Kärntner Slowenen, seine im Oktober 1973 aufgenommene Tätigkeit verstärkt fortzusetzen. Anliegen dieses Komitees ist es, der Bevölkerung Kärntens bewußt zu machen, daß die vorgesehene Minderheitenfeststellung dem Geist des Staatsvertrages widerspricht und minderheitenfeindlich ist, sowie für die eheste und volle Erfüllung des Artikel 7 einzutreten.

Eine Minderheitenfeststellung würde – egal, in welcher Form und unter welchem Namen sie durchgeführt wird – einen Verzicht auf die Erfüllung der Rechte der Kärntner Slowenen gemäß den Bestimmungen des Artikel 7 darstellen. Sie würde nichts anderes bedeuten als eine Zählung jener Slowenen, die dem nationalistischen Druck standgehalten haben und somit eine nachträgliche Legalisierung darstellen. Sie würde gleichzeitig nationalen Haß und Hader bis ins letzte Dorf hineinragen und die Bevölkerung von anderen tagespolitischen und wichtigen sozialen Fragen ablenken und einer Verständigung der Volkgruppen einen schweren Schlag versetzen.

Daher tritt das Solidaritätskomitee für die eheste und volle Erfüllung des Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages ein.

Mit der Erfüllung der im Artikel 7 verankerten Verpflichtungen durch die Bundesregierung wäre eine wesentliche Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben beider Volkgruppen in Kärnten geschaffen.



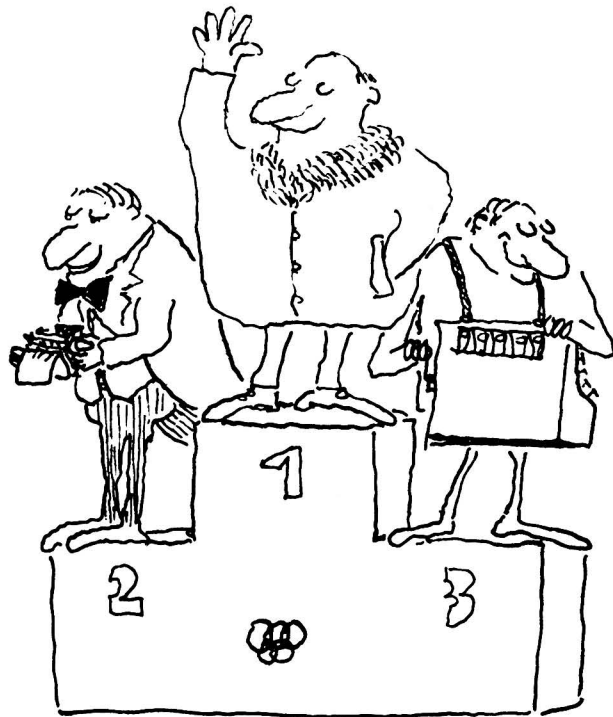
Innsbruck :

# Glückliche Stadt der sauberen Spiele

Der olympische Sport hat in Innsbruck wieder einmal wahre Triumphe gefeiert. Das schaute so aus: Klammer wird frenetisch beklatscht. Die übrigen Alpinen unflätig beschimpft. "Monika Kaserer hier unerwünscht" liest man in einem Kaffeehaus. Aufbegehrenden Sportlern wird klargemacht: Wozu glaubt ihr wohl bekommt ihr Geld aus dem Skipool (bezahlt von Sportfirmen und mit Steuergeldern)? Für Leistung! Eine Verkehrsfahndung wird zum Terror-Großalarm aufgeputscht. Bei der "letzten Schlacht am Bergisel" werden die DDR-Springer völkerversöhnend niedergepiffen, dafür kann man einen "Gold-Karl" küren. Das ist Sport-Chauvinismus übelster Sorte, international präsentiert unter dem Glorionschein der olympischen Ringe. Und all das mit einem Aufwand inszeniert, daß sich schon mancher Konservative fragt, ob sich das wohl ausgezahlt hat.

Da sind einmal die Kosten für den Bau der Sportstätten (mindestens 210 Millionen Schilling), für den Organisationsablauf, für Sicherheitsvorkehrungen (2 000 Polizisten wurden zusätzlich aufgeboden), Kosten für den Einsatz von 3 000 Soldaten, Werbekosten (im Rahmen dessen z. B. Luggler und Klee eine Werbe-Ferienreise nach Bangkok und Tokio unternahmen). Dazu kommen die Kosten für solche Prestigeobjekte, wie den Ausbau des von allen Fluggesellschaften gemiedenen Flughafens (160 Millionen Schilling) und den Bau eines Kongresshauses, in dem die Prominenz ihre Bälle feiern kann.

Dann das Olympische Dorf: genannt "Innsbruck-Manhattan", ein Beton-Ghetto, ohne Sonne, ohne Grünanlagen, in der Gegend mit der stärksten Luftverschmutzung (die Belastung von mehr als  $0,3 \text{ mg SO}_2/\text{m}^3$  bei durchaus häufiger Inversionslage liegt im internationalen Spitzenfeld), weit weg vom Arbeitsplatz, das ist der Leckerbissen, der der Bevölkerung zu gute kommen soll. Gleichzeitig hat das Land Tirol für die Wohnbauförderung einen Zusicherungsstopp verfügt. Im Wohnbaubudget klafft ein Loch von 1,4 Mrd. Schilling.



*Die Gewinner: Skifabrikanten, Hoteliers, Geschäftsleute*

Wohnungen wird es in Zukunft noch weniger geben, inzwischen erreichen sie auch schon phantastische Olympiapreise. Klinik- und Uniausbau werden aus Geldmangel hinausgezögert.

Mit Stolz wird auf den vorzeitigen Ausbau von Zubringerstraßen verwiesen. Aber jetzt werden noch mehr Leute verführt, das Auto für die Fahrt in die Stadt zu benutzen. Das Verkehrschaos in der Innenstadt wird noch perfekter, die Abgasbelastung noch größer werden. Der Ausbau und die Verbilligung der öffentlichen

Verkehrsmittel wäre wesentlich sinnvoller gewesen. Die Olympische Preislawine macht für die Innsbrucker Bevölkerung den Olympia-Katzenjammer perfekt.

Allein die Fremdenverkehrsbetriebe, die Bauwirtschaft, die Werbe- und Sportartikelindustrie sind sich einig; sie machen das große Geschäft. Daß dieses Geschäft auch der ganzen Bevölkerung zu gute kommt ist die übliche kapitalistische Lüge.

V.S. (Innsbruck)



FPÖ:

## Feine Gesellschaft

Nicht nur mit Kriegsverbrechern (siehe 'offensiv links' Feber 1976) hat die FPÖ aufzuwarten; neben dem Parteiobmann zeichnen sich auch die sonstigen Funktionäre durch dunkle Machenschaften aus, kommen aber

im Gegensatz zu Peter auch vor Gericht. Während der ehemalige Landespressereferent und Ex-Freund der FP-Spitzen Peter und Broesigke, Kommerzialrat Peter F. Deutsch vor allem seine Gläubiger ums Ohr haute,

haben beim (rechtzeitig zurücktretenden) Chef der FP-Wirtschaftstreibenden, Prinzhorn, die Arbeiter der Pittner Papierfabrik Hamburger den Scherben auf. Deutsch, stadtbekannter Kämpfer wider die "entartete Kunst" und (als 'Neue-Freie-Zeitung'-Fernsehkritiker) Kämpfer für einen sauberen Bildschirm, hatte seinen letzten unselbständigen Job verlassen, weil die Firmenleitung keinerlei Verständnis für seine im ersten Monat angelaufene 40.000-Schilling-Spesenrechnung aufbrachte, und hatte sich der Aufstiegs-Ideologie seiner Partei gemäß als Bauunternehmer versucht. Nachdem er einiges als "Parteispende" abgezwickelt hatte, verkrachte er sich mit der FPÖ ("Wie der Peter erfahren hat, daß ich einen jüdischen Großvater gehabt habe, war ich in der FPÖ unten durch"). Er zeigte sich in der Folge den Risiken des Kapitalismus nicht gewachsen, zahlte mit ungedeckten Schecks und ging in Konkurs. Nach einem Selbstmordversuch im Krankenhaus aufwachend, verlangte er, in die erste Klasse transferiert zu werden; währenddessen hat ein 82-jähriger Pensionist eine ins Unternehmen investierte Millionenerbschaft verloren, ein Angestellter hat für Deutsch eine Bürgschaft übernommen und darf nun monatlich 4.200,- Schilling zurückerzahlen. Die FPÖ-Leistungsgesellschaft hat eben für manche ihre Schattenseiten.

Auch der ehemalige Boß der freien Unternehmern hat für sich persönlich nicht viel zu fürchten. Zwar hatten die Steuerprüfer, die Privatentnahmen aus der Betriebskassa für Jagdgesellschaften, Privatvillen, Studienaufenthalte für den Sohn, Fischgewässer und Safaris als Steuerhinterziehung von 8,8 Millionen bewertet, ihn vor den Kadi gebracht. Aber auch dann geht es ihm nur halb so schlecht wie seiner Belegschaft, die auf Grund der mangelnden Kreditwürdigkeit des Unternehmens Entlassungen befürchtet. Prinzhorn und Deutsch haben ein historisches Vorbild: FPÖ-Abgeordneter Zeilinger nahm 1962 von Olah eine Million an Gewerkschaftsgeldern als Mitgift für eine kleine Koalition. Vor Gericht kam er deswegen nie.

P.L. ★

## SPÖ und Portugal: Kreisky und sein antifaschistischer Weg

Der Dolmetscher war verzweifelt, als die Vertreter der spanischen und portugiesischen SP auf der Veranstaltung der SPÖ zum 12. Februar im Wiener Konzerthaus noch immer von "Arbeiterklasse" und "Klassenkampf" sprachen. Nach indignierten Pausen übersetzte er mit "Österreicher" und "Anstrengungen". Auch Bundeskanzler Kreisky hatte sich wohl schlecht vorbereitet. Er verglich den Kampf der österreichischen Sozialdemokraten gegen den Faschismus mit dem erfolgreichen Eintreten der SP-Portugals – nicht, wie irgendwelche Linksradikale meinen mögen, gegen den Caetano-Faschismus – sondern gegen die "großen Bedrohungen der Demokratie im letzten Jahr". Wirklich ein konsequenter, ungeschminkter Kreisky, hat sich doch die SPÖ nie gegen den Faschismus in Portugal gewandt, sondern erst in jüngster Vergangenheit ihre große Liebe für die iberische "Demokratie" entdeckt. Apropos Demokratie: Bei derselben Veranstaltung mußte die Staatspolizei !! Zeitungsverkäufer des Portugal-Spanien-Komitees vor SP-Funktionären schützen, die "ihre" Demokratie mit Fäusten gegenüber den zwei 'poder popular'-verkauenden Mädchen zu verteidigen drohten, "Jetzt scheichts sich oba boid, es sterts de Verunstoitung" schrien sie. Da drückte sich doch ein sozialistischer Gemeinderat (wobei die Betonung auf Gemeinderat liegt, er meinte: "Se wean glei schau, wems do vur sich habn!") nobler aus: "Was die Besucher unserer Veranstaltung zu lesen haben, bestimmen wir! In diesem Fall sind das nur Materialien der Sozialistischen Partei !" Sprach und übergab die Zeitungsverkäuferin der Staatspolizei.

Soares sprach vom "Land, das denen gehören soll, die es bebauen" (KP-Parole), hob die Faust und ließ sie langsam sinken, als ihn frostige Gesichter anstarrten. Wirklich, hier braucht er diese Worte nicht mehr, hier wirkt er, der die rechte Offensive in Portugal, die ihn nun selbst ge-

fährdet, einleitete, wie ein Fossil aus einer längst vergangenen Zeit.

Als zum Abschluß ein Mädchenchor die "Internationale" lispelte, alle wie beim Zapfenstreich stramm standen, war wieder alles klar: Zum Internationalismus, zur Politik der SP "...braucht man drei Sachen: Geld, Geld und noch einmal Geld" (Kreisky). Und genügend Leute, die nachher klatschen.

K.L.

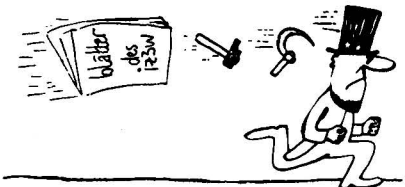


### blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

+ Nestle als Babykiller + Geheimgutachten zur Kulturpolitik der BRD in Indonesien + Wie China das Ernährungsproblem löste + NATO: Faktische Militäralianz mit Südafrika + VW do Brasil + Sahel-Zone: Die sozio-ökonomischen Ursachen der Hungersnot + Argentinien nach Peron Vietnam: Zur aktuellen Lage +

Das sind einige der Themen, die in den letzten Hefen der blätter des iz3w behandelt wurden.



Die in 10 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift + enthält regelmäßig eine „Chronik der abhängigen Welt“

+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und dem Elend der Massen in der Dritten Welt

+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen

+ setzt sich in einer „Ideologiekritik-Serie“ mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander

+ erörtert Theorie und Praxis der fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt

+ nimmt Teil an der Diskussion über die Strategie der Internationalismusgruppen

Jahresabonnement bei 10 Nummern mit 40–60 Seiten. DM 25,- (für Studenten etc. DM 18,-)

Informationszentrum Dritte Welt 78 Freiburg, Postfach 5328 Tel. 0761/74003 Probeexemplar anfordern!

Absender (bitte in Druckschrift)

Probe-Exemplar an:

# Prügelknabe Kernenergie?

Der folgende Artikel versteht sich als Wiederaufnahme der Diskussion energiepolitischer Fragen, vor allem im Zusammenhang mit der Kernenergie, zu der im Juni 1975 ein Beitrag in 'offensiv links' erschienen ist. Es soll hier ein kurzer Überblick über die wichtigsten Aspekte gegeben werden – über viele Fragen, die nur kurz oder überhaupt nicht behandelt wurden, wie eine Analyse der Bürgerinitiativen, die Möglichkeit der Entwicklung von Alternativen zur Kernenergie, Probleme der Wirtschaftlichkeit und der Tarifpolitik, die Gefahren der Ausbreitung von Atomwaffen durch verstärkte friedliche Nutzung von Kernenergie, wird, daran anknüpfend, in den nächsten Monaten ausführlich berichtet. Diskussionsbeiträge betreffend diese Themen, sowie darüberhinausgehend Fragen der Energiepolitik sind willkommen.

In den kapitalistischen Staaten – und denen Osteuropas, die sie in vielen Bereichen eifrig nachhaken – beginnt die "heile" Welt, buchstäblich, zusammenzubrechen. Nach den der Wirtschaft innewohnenden Gesetzen durch alle Krisen hindurch nach immer mehr Wachstum strebend, abhängig von der Expansion, die, bei steigender Automatisierung und gleichbleibender Arbeitszeit, das einzige Mittel zur Sicherung der Arbeitsplätze scheint (und ein zeitweise sehr unzureichendes Mittel, wie Millionen Europäer berichten können), werden die arbeitenden Menschen im doppelten Stress der Berufshetze und Umweltzerstörung verheizt. Ein wichtiger Faktor ist dabei die steigende Elektrizitätserzeugung.

Kohlekraftwerke rülpfen täglich tausende Tonnen Schwefeldioxid in die Luft (woraus durch Oxidation und Verbindung mit Wasser Schwefelsäure, eine der stärksten bekannten Säuren, entsteht); Wasserkraftwerke zerstören bei zu dichter Verbauung die Flüsse und führen zu deren Verschlammung; Kernkraftwerke heizen mit ihrer Abwärme Flüsse und Luft auf, was zwar fossilgefeuerten Kraftwerken auch tun, aber aufgrund ihres etwas höheren Wirkungsgrades in geringerem Maß und durch die kleinere Blockgröße in weniger konzentrierter Form, Außerdem setzen Kernkraftwerke in geringen Mengen radioaktive Produkte in Wasser und Luft frei.

Der Ausweg aus diesem Chaos ist ein zweifacher, und ein politischer: Erstens die Kontrolle des Energieverbrauchs nach den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht nach der Eigendynamik des kapitalistischen Systems (wobei zweifellos in den Entwicklungsländern noch für geraume Zeit hohe Wachstumsraten anzustreben sind), und zweitens die Kontrolle der Umweltbelastungen auf Kosten der Gewinne – natürlich eine Machfrage und kein technisches Problem. Abgase und Abwässer können bis zu jedem gewünschten Reinheitsgrad aufbereitet werden; Transport und Lagerung von Brennstoffen, auch von radioaktiven Brennelementen

## ERKLÄRUNG EINIGER FACHAUSDRÜCKE

**Fossilkraftwerk:** Kraftwerk, das mit fossilen Brennstoffen (Kohle, Öl, Erdgas) betrieben wird.

**Fusionsenergie:** Energie, die bei der Verschmelzung (Fusion) leichter Atomkerne frei wird. In der Wasserstoffbombe dienen schwere Wasserstoffisotope (Deuterium und Tritium) als Brennstoff; dieselbe Reaktion versucht man in kontrollierter Form einer friedlichen Nutzung zuzuführen, was bisher noch nicht gelang. Einsatzfähigkeit: 2000 bis 2020.

**Hochtemperaturreaktor:** Derzeit in Entwicklung befindlicher Kernreakortyp. Hauptvorteile: Hoher Wirkungsgrad; während des Betriebes wird aus als Kernbrennstoff ungeeignetem Material fast ebensoviel neuer Brennstoff erzeugt, als der Betrieb verbraucht ("Konversion"). Einsatzfähigkeit: 1985 bis 1990.

**Prozeßwärme:** Wärme, die in der chemischen Industrie zur Durchführung verschiedener Prozesse benötigt wird.

**Schneller Brüter:** Derzeit in Entwicklung befindlicher Kernreakortyp. Vorteile ähnlich wie beim Hochtemperaturreaktor, al-

lerdings erzeugt der Schnelle Brüter während des Betriebes bedeutend mehr Brennstoff, als er verbraucht ("Brüten"). Einsatzfähigkeit: 1985 bis 1995.

**Temperaturgradient:** Änderung der Temperatur mit der Wassertiefe (wärmeres Wasser befindet sich an der Oberfläche). Der Temperaturgradient der Ozeane kann vielleicht – nach heute sehr umstrittenen Expertenmeinungen – zum Betrieb eines Kraftwerkes wirtschaftlich ausgenutzt werden. Einsatzfähigkeit: 2000 bis 2020.

**Wirkungsgrad:** Bei einem Kraftwerk das Verhältnis von gewonnener (elektrischer) Nutzenergie zu aufgewandter (Wärme-) Energie: Die Differenz fällt als Abwärme an. Der Wirkungsgrad ist um so größer, je höher die Temperatur der Wärmequelle ist. Moderne

Fossilkraftwerke haben einen Wirkungsgrad von etwa 38%, Kernkraftwerke von 32%. Die erwähnten fortgeschrittenen Reaktortypen werden einen Wirkungsgrad von 40% und knapp darüber erreichen; mit mehrstufigen Prozessen (Abwärme der einen Stufe dient zur Feuerung der nächsten) hofft man, Wirkungsgrade von weit über 50% zu erzielen.

und Abfällen, beliebig sicher gestaltet werden; Abwärme kann durch Wirkungsgraderhöhung (z. B. durch die Verwendung fortgeschrittener Reaktortypen wie Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter, oder durch mehrstufige Prozesse) verringert und für Fernheizung und Prozeßwärme benützt werden. Zu all dem ist es nur erforderlich, daß einerseits der entsprechende Aufwand für die Installationen und allfällige Forschung und Entwicklung betrieben wird, andererseits das Wachstum nicht zu rasch vor sich geht, um prohibitiv hohe Kosten zu vermeiden.

Sei es aufgrund der Weltuntergangsanst im Zusammenhang mit der Atombombe, sei es aufgrund eines besonderen Mißtrauens gegen die ungreiflich-unfaßbare Radioaktivität - oder auch vielleicht aufgrund kleiner Eingriffe der Konkurrenz fürchten den Erdölkonzerne - all das wird oft nicht im dargestellten Zusammenhang gesehen und völlig aus der Perspektive einseitig und vereinfachend die Kernenergie als Ursache allen Übels dargestellt. Plutonium, der Brennstoff schneller Brutreaktoren, stellt sich Kernenergiegegnern in den USA als das "Element des Höllenfürsten" dar.

Selbstverständlich steht außer Zweifel, daß alle möglichen Alternativen zur Kernenergie gründlich untersucht und weiterentwickelt werden müssen, und daß Energiesysteme der Zukunft nicht auf einer einzigen Methode der Energiewandlung beruhen sollen, sondern unterschiedlich, austauschbar und örtlichen Bedingungen angepaßt sein sollen. Sonnen- und Fusionsenergie bieten höchstwahrscheinlich günstigere und sauberere Möglichkeiten der Elektrizitätserzeugung, vielleicht auch die Ausnützung des Temperaturgradienten der Ozeane. Aber sie müssen erst entwickelt werden; wieder ist es eine politische Frage, ihre Förderung in ausreichendem Maße durchzusetzen.

In der derzeitigen Situation - und für die nächsten 2 bis 3 Jahrzehnte - existiert aber keine brauchbare Alternative zur Kernenergie. Es wäre hier ein völlig falscher Standpunkt, immer wieder die Gefährlichkeit deren Ausnützung - die unter kapitalistischen Bedingungen natürlich gegeben ist und auf die ich noch kurz eingehen werde - anzuprangern, ohne, wie schon gesagt, den Gesamtzusammenhang zu sehen.

Nicht um einen Kampf gegen die Kernkraftwerke geht es heute, sondern um einen Kampf gegen alle Formen der Umweltbelastung und des sinnlosen Wachstums; für adäquate Schutzmaßnahmen, die fast überall technisch möglich sind, ohne daß damit ein Angriff auf den Lebensstandard der arbeitenden Menschen verbunden ist; nicht um medizinische und technische Sicherheitsfragen, sondern um ein politisches Problem.

Obzwar nicht schlüssig bewiesen, spricht einiges für die Resultate der amerikanischen Kernenergiekritiker Gofman und Tamplin, daß bei einer Bestrahlung der US-Bevölkerung durch ionisierende Strahlen aufgrund der friedlichen Nutzung der Kernenergie, die gerade noch von offizieller Seite festgelegten Grenzwerten entspricht, in den USA jährlich etwa 100 000 zusätzliche Krebs- und Leukämietote zu erwarten sind. Die Abschätzung stützt sich jedoch auf relativ spärliches Datenmaterial und wurde von anderen Wissenschaftlern als zu hoch angesehen; eine Annahme von 16 000 bis 100 000 scheint realistischer. Dies sind alarmierende und erschreckende Zahlen. Sie und ähnliche Daten jedoch als Anlaß zu nehmen, die Kernenergie als besonders gefährlich auszusondern und vordringlich zu bekämpfen, ist unsinnig, wenn man folgendes bedenkt: Die obigen Zahlen wurden für das Erreichen der festgelegten Grenzdosen bestimmt; augenblicklich beträgt die Strahlenbelastung der US-Bevölkerung weniger als 1% dieses Wertes (von natürlicher und medizinischer Bestrahlung abgesehen). Dagegen wird angenommen, daß bereits heute in den USA jährlich 60 000 Menschen an den Einwirkungen des von Kohlekraftwerken ausgestoßenen Schwefeldioxids zugrunde gehen.

Auch ein Unfall in einem Kernkraftwerk, verbunden mit Schmelzen der Reaktorbrennelemente, kann verheerende Folgen haben. Die Wahrscheinlichkeit für dieses Ereignis ist allerdings außerordentlich gering; um bei einem Wasserkraftwerk dieselbe Sicherheit gegen einen ähnlich gefährlichen Dammbbruch zu erzielen, müßten zwei zusätzliche Dämme zum Auffangen der Wassermassen errichtet werden.

Diese Vergleiche zeigen, daß es zweifellos unverantwortlich wäre, angesichts der potentiellen Gefahren den Kampf für die Sicherheit der Kernenergie zu vernachlässigen; daß aber aktuelle Gefahren mindestens ebensoviel Aufmerksamkeit verdienen. Begehen wir nicht den Fehler, für den gefährlichen und mörderischen Entwicklungsgang des Kapitalismus nur die Kernenergie als Prügelknaben herauszugreifen.

H. H. ★

**Deine  
Versicherungen  
durch**

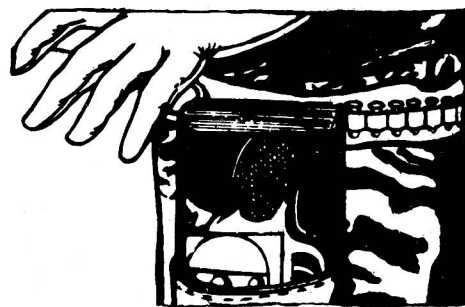
ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine  
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz-6  
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14  
Telefon: 62 14 302

**HEINZ KOLISCH  
LIEBIGGASSE 9  
43 21 21  
1010 WIEN**



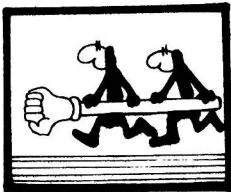
Interview mit Leo GABRIEL:

# Kunst und Kommunikation als revolutionäres Werkzeug

Ein Interview mit Leo Gabriel, der seit 1968 in Mexiko und anderen lateinamerikanischen Staaten politisch und künstlerisch tätig ist.

Frage OL: Kannst du uns die wesentlichen Punkte über die Entwicklung und Zusammensetzung eurer Organisation erzählen?

Leo Gabriel: Unsere Organisation heißt CLETA - centro libre de experimentacion teatral e artistica (freies Zentrum der Theater- und Kunstexperimente) - und ging aus den Studentenbewegungen des Jahres 1968 hervor, die in Tlatelolco, Mexico City, während der Olympischen Spiele 600 Todesopfer gefordert haben. (Wie in anderen Metropolen verlangten auch hier die Studenten die Sicherung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und sahen im Sozialismus die einzige Alternative zum kapitalistischen System. In Mexiko drückte sich dies vor allem im Kampf gegen das herrschende System der Einheitspartei PRI aus, die seit über 60 Jahren im Namen der sogenannten mexikanischen Revolution alle Bewegungen der Bauern und Arbeiter unterdrückte, die die Rechte der mexikanischen Verfassung für sich beanspruchten wollten.)



In den folgenden Jahren einer Depression kam es zu Überlegungen, wie man einen Anschluß an die unterdrückte Arbeiter- und Bauernbewegung finden könnte, deren Kämpfe in Kürze ausbrechen würden. Im Jänner 1972 nahmen einige Studenten, die gerade ein Theaterstück von Peter Weiß (Der Lusitanische Popanz) probten, das Hauptgebäude des im Zentrum der Hauptstadt gelegenen Universitäts-

theaters ein, ebenso wie es die Pariser Studenten im Mai 1968 mit dem Odeon getan hatten. Der wesentliche Unterschied bestand jedoch darin, daß hier die Studenten eine Organisation aufbauten, die hineinreichte in die Elendsviertel der Hauptstadt, zu den Bauerndörfern und in die Fabriken, wo gerade die stärkste Arbeiterbewegung seit 50 Jahren im Entstehen begriffen war. Die Leute verstanden sich als "kulturelle Arbeiter" und gingen von der Überlegung aus, daß Kunst und Information, Theater und Film überaus wirkungsvolle Waffen im Kampf gegen das unterdrückerische System darstellen könnten. Heute, drei Jahre später, gibt es 24 Gruppen, die sich zum größten Teil aus den unteren Schichten des mexikanischen Volkes konstituieren und außerhalb der Hauptstadt in Dörfern und Kleinstädten in den Kampf integriert leben. Eine dieser Gruppen (grupo informal), der auch Leo Gabriel angehört, nahm sich vor, von Guatemala bis Argentinien zu reisen, um als informelles Verbindungsglied zwischen politischen Organisationen und Basisbewegungen zu dienen. Die Arbeit bestand darin, in Verbindung mit den wichtigsten Basisorganisationen die politische Situation der Unterdrückten dokumentarisch auszuleuchten und zu verstehen und dieses Material (Film, revolutionäre Lieder, Theatersketches) den Organisationen in einem anderen Land zur Verfügung zu stellen. Eine überaus notwendige Arbeit, wenn wir bedenken, daß man in Ekuador weniger als über den Nachbarstaat Columbien weiß als über Paris oder London. Es lag im Interesse der Kolonialmächte und ist heute im Interesse des Imperialismus, die Länder und Regionen voneinander informationstechnisch zu trennen, damit erstens die bürgerliche nationalistische Politik einen Rechtfertigungsgrund bekommt und zweitens, jeder kontinentale Zusammenschluß der Ausgebeuteten verunmöglicht wird.

Frage OL: Ihr seht eure hauptsächliche Aufgabe in der Basisarbeit. Um wel-

che Basisgruppen handelt es sich und welche Methoden der Basisarbeit verwendet ihr?

L. G.: Wir verstehen unter Basis das Volk überall dort, wo es ausgebeutet ist. Unsere Arbeit besteht nun darin, nicht etwa dem Volk seine Ausbeutung klar zu machen (die merkt es von alleine), sondern ihm zu erklären, wer der Schuldige und was zu tun ist, um die Macht des Feindes zu schwächen. Es lag im Interesse der Ausbeuter verschiedener Zeiten, daß diese Volksbasis politisch unorganisiert geblieben ist und von inneren Spaltungen wie etwa die zwischen Landarbeitern, Kleinbauern und industriellen Arbeitern aufgerieben wurde. Deshalb muß unser erster theatralischer, cinematografischer oder musikalischer Ruf der Ruf nach Einheit und unabhängiger Organisation der Volksmassen in jedem Gebiet sein. Viel glaubwürdiger als wir es je sein könnten ist jedoch das Beispiel, das heute tausendfach von den Companieros in den Bergwerken bei den Streiks, bei den Landnahmen gegeben wird. Unsere Aufgabe ist es, die wenige Kenntnisse, die wir besitzen (wir verstehen uns in diesem Sinne nicht als Künstler sondern als kulturelle Arbeiter) in den Dienst der Kommunikation zwischen den verschiedenen Teilen der Bewegung zu stellen und ihnen klarzumachen, daß sie alle Teile eines einzigen revolutionären Prozesses sind, der in verschiedenen Formen in ganz Lateinamerika vor sich geht. Um nur einige Beispiele zu nennen:

- o Der Film, den wir über einen Frauentreik in Guernevaca im August 1971 drehten, war maßgeblich daran beteiligt, daß einige Monate später in Monterey im Norden Mexicos in einer Textilfabrik eine noch größere Bewegung der arbeitenden Frauen entstand.
- o In Columbien war die Anwesenheit einer Kamera das letzte auslösende Moment für die Tatsache, daß eine Bergbauergemein-



de sich zur Entführung des Großgrundbesitzers (in dem Fall war es der Bischof) entschloß und damit einen Kampf von über einem Jahr siegreich beendete.

- o In Lateinamerika ist die Zensur der offiziellen Nachrichtendienste vielleicht noch stärker als hier. Deshalb müssen wir versuchen, durch konkrete Aktionen Nachrichten zu vermitteln. Dies war z. B. der Fall, als wir vor einem Jahr den Verkehr in der Hauptstadt Mexicos unterbrachen und 60 verummte Schauspieler von einem Repressionakt erzählen ließen, der zu dieser Zeit in der Universität von Guerrero vor sich ging.

Frage OL: Habt Ihr Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit bestehenden politischen Organisationen ?

L. G. : Für uns ist jede Organisation, die gegen einen konkreten Unterdrücker gerichtet ist, eine politische Organisation. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einem Bauernführer, der mir erzählte, wie sich gerade Leute aus ungefähr 100 Dörfern im Urwald unter den schwierigsten Bedingungen getroffen haben, und als ich ihn fragte: "Wie heißt eure Organisation ?" antwortete er mir lächelnd: "Wozu brauchen wir einen Namen, wenn wir uns ohnedies alle kennen ?"

Ich glaube, die Feststellung ist wichtig, weil wir in Europa nur dann eine Organisation als politisch anerkennen, wenn sie einen Briefkopf besitzt und eine eindeutig ausformulierte politische Linie aufweist. Deshalb ist es so fürchterlich schwer, die politische Linke zu gemeinsamen Aktionen zu bringen. Nicht, daß die Gründung von Ba-

sisorganisationen in Lateinamerika leichter wäre; Die Repression verfügt über die modernsten Folterungsmittel und mittelalterliche Grausamkeiten; doch gerade deshalb kennt man die Schwierigkeiten eines sektiererischen Linienstreits viel weniger. Auch hier gilt der Spruch des alten spanischen Liedes aus dem Bürgerkrieg: "El camino se hace al andar" (Der Weg wird durch das Gehen gemacht). Selbstverständlich arbeiten wir mit jenen politischen Organisationen im engeren Sinne des Wortes zusammen, die es mit ihrer Ideologie ernst meinen, d. h. die die Forderung nach einem Klassenkampf konkret innerhalb der Arbeiterklasse stellen. Dies ist jedoch aus Erfahrung nur in wenigen Fällen bei den politischen Parteien in Mexico der Fall, da die Mehrzahl von ihnen sich zwar durchaus einer revolutionären Demagogie bedienen, aber in Wirklichkeit nur ihre Machtbasis mit veräterischen Sprüchen erweitern wollen. Wir arbeiten deshalb auch nicht mit jenen Studentengruppen zusammen, die zwar durchaus bemüht sind, die politische Situation scharf zu analysieren, sich jedoch nicht der Mühe unterziehen, auch nur einen einzigen Stein in einer sonntäglichen Kommunalarbeit in Bewegung zu setzen. Wir glauben, daß Papier geduldig und die hungernden Massen mit Recht ungeduldig sind und daß daher Praxis nie durch Theorie und Aktion nie durch Papier ersetzt werden kann. Lateinamerika ist gerade dabei, aus der bewußten Praxis der ausgebeuteten Massen seine eigenen revolutionären Organisationsformen zu schaffen. Die aus Europa stammenden Organisationsformen, wie politische Parteien, können durchaus ihre sehr effektiven Dienste leisten, sofern sie ihren Führungsanspruch zugunsten der Basis aufgeben. Deshalb

verstehen wir selbst uns nicht als Avantgarde im leninistischen Sinn, sondern als Diener der analphabetischen Bauern und Arbeiter, von denen wir tagtäglich mehr lernen.

Frage OL: Glaubst du nicht, daß solche Aktionen in Österreich wegen des geringen Bewußtseins der Arbeiterklasse unmöglich wären ?

L. G. : Wir glauben, daß es dem kapitalistischen System trotz seiner fieberhaften Anstrengungen nicht gelungen ist, den Menschen zur Maschine zu machen. Deshalb sehen wir eine Möglichkeit, überall, wo Menschen zusammen arbeiten und zusammen leben, eine Kommunikation zwischen den Angehörigen der Arbeiterklasse herzustellen, wobei man dort ansetzen muß, wo Interesse vorhanden ist. Wenn das Interesse nicht weiter reicht als bis zur nächsten Versammlung des Kegelklubs oder zum letzten Abfahrtslauf bei der Olympiade muß man eben versuchen, dort anzusetzen. Wir haben z. B. religiöse Festtage, die das Volk zu Tausenden begeht, in politische Demonstrationen umzuwandeln gewußt. Die hauptsächliche Schwierigkeit der politischen Basisarbeit stellt das Kommunikationsproblem dar. Indem wir Kommunikation fördern, sei es auch nur durch die schauspielerische Darstellung im Stil eines Romanheftes, finden wir Zugang zum Bewußtsein der Arbeiterschaft von innen her. Wenn wir den Arbeitern nur sagen, sie seien entfremdet, werden sie uns höchstens auslachen und damit wird jede weitere politische Arbeit irrelevant. In Mexico z. B. ist das Fußballspiel sehr populär. Wir haben oft versucht, in den Pausen einige gutbekannte revolutionäre Lieder zu singen und den versammelten Tausenden einen sehr einfachen Sketch über ein Fußballspiel zwischen den Reichen und den Armen vorzuführen, wobei der Schiedsrichter Echeverria (der Name des mexikanischen Staatspräsidenten) hieß. Wir gewannen ebensoviel Beifall wie die bestgelungene Aktion eines Torannes.

Frage OL: Läßt die Polizei solche Aktionen zu ?

L. G. : Keineswegs. Aber wir sind uns dessen bewußt, daß wir Stärken besitzen und das System Schwächen aufweist. Wenn wir immer erst lange



fragen würden, wenn wir selbst bürokratisch organisiert wären, würden wir bald zur Gänze ausgelöscht werden. Wenn wir z. B. ein Lied singen wollen, so tun wir es einfach, wobei wir bedacht sind, daß wir in der kürzestmöglichen Zeit die Unterstützung des Publikums gewinnen. Es ist oft vorgekommen, daß die Polizei uns verhaften wollte, sie jedoch von den Leuten selbst daran gehindert wurde. Und selbst wenn es dazu kommt, wie es andauernd passiert, daß staatliche Organe gegen uns einschreiten, ist das Schauspiel der Repression oft viel wirksamer als das besteinstudierte Theaterstück. Voraussetzung ist natürlich, daß wir keine Angst haben und zusammenstehen, dann, wenn es gefährlich wird. Und wenn das das Volk spürt, haben wir gewonnen, haben wir gewonnen, selbst wenn wir verloren haben. Es ist natürlich passiert, daß Ausländer ausgewiesen wurden, daß wir verprügelt wurden und einige Zeit hinter Gittern verbringen mußten. Meistens war jedoch die Solidarität der Organisation so stark,

daß das Schlimmste verhindert werden konnte. Vor allem für eine Regierung, die sich nach außen so liberal gebärdet, obwohl sie im Inneren ganz und gar nicht so ist, sind Grenzen gesetzt, Grenzen, die ihr alle in Österreich und anderswo durch eine wirksame Solidaritätsarbeit erweitern könnt.

Frage OL: Du beabsichtigst einige Zeit in Österreich zu bleiben, was sind deine Pläne?

L.G.: Zwei Dinge: Erstens: Meine Erfahrungen, die die Erfahrungen von vielen Menschen reflektieren, einem möglichst breiten Publikum zu vermitteln durch Filmvorträge und durch ein Buch, an dem ich gerade schreibe, in dem ich versuche darzustellen, wie man als Europäer von dem politisch weitaus entwickelteren Prozeß in der Dritten Welt lernen kann.

Zweitens: Mich interessiert, herauszufinden, ob die Leute, die mir sagen, daß all das nicht in Österreich möglich sei, recht haben oder nicht. Auch hier gilt: bevor ich mich in

endlosen Diskussionen erschöpfe, etwas zu tun und dann zu reden. Auch aus Vorsichtsgründen möchte ich noch nicht viel über meine gegenwärtige Aktion sagen und nur andeuten, daß sie mit dem Kampf der Slowenen gegen den Faschismus zu tun hat.

LEO GABRIEL möchte mit anderen interessierten Leuten gemeinsam ein Lateinamerika-Komitee gründen (Genaueres soll erst in einer gemeinsamen Diskussion erarbeitet werden).

Interessenten können sich bei

Liesl Hindler

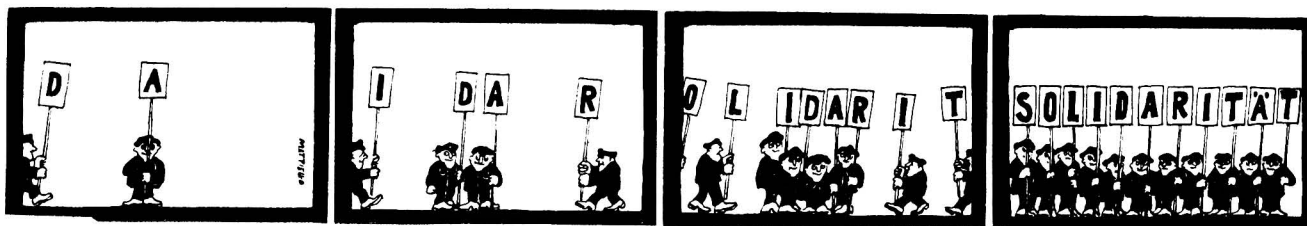
24-46-132 oder

föj-Bewegung für Sozialismus

33-83-374 oder

34-67-145

melden.



Dokumentation:

## Das Schah-Regime in neuen Schwierigkeiten

"Ein Gespenst ging um in Europa - das Gespenst des Erdöls. Alle Reaktionen und Konservativen, Auto-Produzenten und Chemie-Manager, Bankdirektoren und Reeder, Regierungschefs und Boulevardblattverleger wurden aufgrund ihres Interesses, des Interesses des Weltkapitals, zu Anbetern dieses heiligen Gespenstes. In einem Europa, aufgewühlt durch Krisen und Arbeitslosigkeit, nach Schuldigen und Auswegen suchend, wurde eine Kampagne zur Manipulation der Öffentlichkeit durchgeführt. Einzelne Diener des Weltkapitals wie die arabischen Herrscher wurden als Buhmänner und andere Diener - wie der Schlächter von Persien, Schah Reza

Pahlevi - als Retter des Abendlandes proklamiert. Inmitten dieses Gewirres von Falschmeldungen und Manipulationen, Milliardenverdiensten der Erdölkonzerne und dem Bankrott einiger europäischer Länder, inmitten der immanenten Krise des Weltkapitals wurde der Schah von Persien zum zweiten Mal auf den Thron gehoben. Dieses Mal als gütiger Herrscher und besorgter Staatsmann, fortschrittlich und modern auf dem Thron des Königs aller Könige (des Königs von Saudi-Arabien, des Königs von Jordanien und der kleinen Könige in den Sultanaten etc.), Herrscher über alle dienlichen Herrscher im Golfgebiet. Die reaktionären

Massenmedien feiern bewußt und im Dienste der Ausbeutung und Unterdrückung in der Gespenster-Situation der "Erdöl-Ära" die zweite Krönung dieses Lakaien des Weltkapitals.

Deshalb werden Massenhinrichtungen von revolutionären Arbeitern und Intellektuellen, lebenslängliche Haftstrafen für antifaschistische Schriftsteller und Dichter, beispiellose Folterungen an Gefangenen und deren Angehörigen, verschwiegen. Deshalb spricht man nicht über Sinn und Vorgang einer Einrichtung der faschistischen "Auferstehungspartei" (nach Modellen der Nazi-Parteien) und

preist das Elend und die Unterdrückung in Persien fortschrittlich. Deshalb löst in Europa die Hinrichtung von fünf Freiheitskämpfern in Spanien berechtigte Empörung aus, aber über 300 Hinrichtungen von Freiheitskämpfern in Persien ignoriert. Wo man Tränen über Freiheitsbeschränkungen für Sacharow und Solschenizyn vergossen hat, aber von 40 000 politischen Gefangenen in Persien nicht berührt wird.

"Wissen Sie, wir haben ein Mehrparteiensystem gehabt. Die waren alle sehr loyal, nur eine spielte die Regierungspartei und kassierte alle Früchte unserer Erfolge. Die andere spielte Opposition und ging leer aus. So gründeten wir die Einheitspartei. Nun können sie alle, sowohl die Regierungspartei als auch die Opposition die Erfolge teilen. "

So begründete der Schah die Gründung der Einheitspartei der nationalen Auferstehung in einem Interview mit der ARD vor dem deutschen Publikum. Die Partei der nationalen Auferstehung, nach den klassischen faschistischen Volksbewegungen konzipiert und in kaiserlich orientalischen Dimensionen angelegt, wurde vor einem halben Jahr gegründet. Bald las man in persischen Zeitungen, daß ganze Schulen und Hochschulen, daß ganze Ministerien, Dörfer, ja Städte und Stämme sich der Partei angeschlossen haben. Die 'nationale Auferstehung' war wörtlich gemeint. Die ganze Nation mußte auferstehen und Mitglied werden. Und wer es nicht wollte, muß, wie der Schah verkündete: "entweder ins Exil oder ins Zuchthaus gehen. Wer gegen die Partei ist, ist gegen ihren ersten Grundsatz: Treue zur Monarchie, und wer keine Treue zur Monarchie hat, gehört nicht in dieses Land. "

Durch die Einheitspartei hoffte man, erstens die langersehnte und nie erreichte Mobilisierung der Massen für den kapitalistischen Arbeitsprozeß zu ermöglichen, zweitens das gesamte öffentliche und private Leben des Volkes zu erfassen und zu kontrollieren, drittens eine breite politische Massenbasis für das nur auf Militär und SAVAK basierende Regime zu schaffen. Aber zahlreiche Streiks

und Fabriksbesetzungen der notleidenden Arbeiter angesichts der inflationären Entwicklung (35% Inflationsrate), Massendemonstrationen in verschiedenen Städten gegen die Einheitspartei und der bewaffnete Widerstand der Freiheitskämpfer zeigten, daß es mit der 'nationalen Auferstehung' nicht so einfach ist.

Das Regime versuchte, die Arbeiter und andere Werktätige mit einem Anti-Wucher-Dekret zu beruhigen. So wurden auch ein paar bekannte Unternehmer, die ihre Waren zu überhöhten Preisen verkauften, verhaftet oder ihnen die Lizenz entzogen.

(Solche anti-kapitalistische Maßnahmen kennt man allzugenut aus dem Dritten Reich, wo man ein paar jüdischen Kapitalisten an allem Schuld gab, um von der kapitalistischen Ausbeutung als solcher abzulenken.)

Für die endgültige Ruhe sollte aber das neue Gesetz sorgen. Dieses Gesetz soll die ohnehin seit Jahren verübte faschistische Repression – Mord, Folter und Entmenschlichung – der Öffentlichkeit gegenüber legalisieren. Dort, wo Demagogie und Täuschungsmanöver die Massen nicht irreführt, soll mit barbarischer Unterdrückung nachgeholfen werden. All dies interessiert aber die "demokratische" Presse in Österreich nicht; denn bei einem Land wie Iran, das soviel Öl und noch mehr Stabilität besitzt, muß man solche demokratische Schönheitsfehler übersehen, und was die Opposition betrifft, so hat der Schah selber in einem Interview in New York ein für allemal klargestellt: "Politische Gefangene? Nein, so was haben wir nicht. Wir haben nur Terroristen im Gefängnis. "

Aber im Iran gibt es erwiesenermaßen 40 000 politische Gefangene.

Sind dann alle 40 000 Terroristen? Dies würde nicht einmal Staberl glaubhaft machen können. "

Aus: IRAN-Dokumentationen und Analysen, CISNU-Wien Nummer 1 - Herbst 1975

"Schah Reza Pahlevi, der Mann, der noch vor kurzer Zeit westliche Politiker aufforderte, in ihren Ländern für Ordnung zu sorgen, muß jetzt – zwei Jahre nach der Ölkrise – selbst zu drastischen Maßnahmen greifen, um Ordnung im eigenen Land zu schaffen. Der plötzliche Reichtum der armen Leute aus dem Iran hat tiefe Risse im sozialen Gefüge verursacht.

Doch der Schah hat nicht nur Sorgen mit der Habgierigkeit persischer Krämer, Mietwucher und Korruption. Er legt sich auch wieder einmal mit westlichen Ölkonzernen an. Sie verkaufen nach seiner Meinung zu wenig iranisches Öl. Der Kaiser sieht darin einen Anschlag auf seine ehrgeizigen Entwicklungspläne, die er nur mit den Ölerlösen finanzieren kann. Die Konzerne hatten dem Schah zugesagt, täglich rund 4,9 Millionen Barrel Öl zu fördern; doch sie können diese Mengen nicht mehr verkaufen. In den vergangenen Monaten ging der Absatz auf 3,8 Millionen Barrel pro Tag zurück. Der milde Winter und die Rezession in den Industrieländern waren nicht eingeplant. Das schwere und stark schwefelhaltige Öl ist auf dem Weltmarkt zur Zeit besonders schlecht zu verkaufen.

Die Einnahmen der Iraner dürften daher in diesem Jahr um 2,4 Milliarden Dollar geringer ausfallen als im Etatentwurf vorgesehen. Der Herrscher auf dem Pfauenthron, vor dem noch vor einem Jahr die Politiker des Westens defilierten, um mit iranischen Ölgeldern die Löcher in ihren Zahlungsbilanzen zu stopfen, muß sich jetzt selber nach Kreditgebern umsehen, um seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Obwohl der zweitgrößte Ölexporteur der Welt seine Einnahmen in nur drei Jahren um runde achthundert Prozent auf 21 Milliarden Dollar steigern konnte, läuft der Iran in das größte Defizit seiner Geschichte – es sei denn, die hochfliegenden Entwicklungspläne des Schah werden drastisch reduziert. Denn statt der für das Etatjahr 1975/76 erwarteten Exporterlöse von 23 bis 24 Milliarden Dollar werden 1976 allenfalls neunzehn Milliarden in die iranischen Staatskassen fließen.

Die britische Wirtschaftszeitung "Economist" notierte schadenfroh "Die Träume von Mammut-Ausgaben zerplatzen wie eine Seifenblase in der Luft."

So wird nun im Iran gespart. Ausländische Geschäftsleute berichten, daß sie seit Monaten in der persischen Hauptstadt keinen einzigen Auftrag mehr buchen konnten. Der geplante Flughafenneubau Teheran – überfällig, seit Schnee das Dach der Wartehalle eindrückte, das Dutzende von Passagieren unter sich begrub – ist auf Eis gelegt. Das Gesundheitsministerium strich geplante Hospitalbauten. Die amerikanische General Telephone&Electric, die das Kaiserreich mit einem vollautomatischen Telephonnetz an die Neuzeit anschließen sollte, blieb auf eilig errichteten Fabrikationsgebäuden sitzen, für die es keine Aufträge mehr gibt. Englands Baukonzern Costain wartet seit Monaten auf die Bestätigung eines zugesagten 1,2-Milliarden-Dollar-Auftrages zum Bau von Militäranlagen im Iran.

Die gefährlichste Quelle des inflationären Übels, so glauben westliche Bankiers, ist die iranische Zentralbank. Sie pumpte in den vergangenen zwei Jahren 61 Prozent mehr Geld in den Kreislauf der iranischen Wirtschaft. Diese Überdosis jagte den Inflationsindex in die Höhe. Das jahrzehntelang an stabile Preise gewöhnte Kaiserreich kämpft nun mit einer Teuerungsrate von zwanzig Prozent. Geschäftsleute in Teheran sprechen sogar von 25 Prozent."

Aus: DIE ZEIT, Nr. 8 – 13. Feber 76

"In den letzten zwei Jahren sind in den Reihen der CISNU (Conföderation Iranischer Studenten) schwerwiegende politische Auseinandersetzungen entstanden, die eine gemeinsame politische Arbeit der weltweit verankerten Organisation nicht mehr möglich machten.

Die CISNU als die demokratische und antiimperialistische Massenorganisation iranischer Studenten im Ausland hat es seit jeher als ihre wichtigste Aufgabe erachtet, den demokratischen und antiimperialistischen Kampf des iranischen Volkes

in allen seinen Formen und alle Freiheitskämpfer ohne jegliche ideologische Abgrenzung zu verteidigen und zu unterstützen.

Einige ehemalige Mitglieder der CISNU versuchten, diesen prinzipiellen Grundsatz mit Füßen zu treten. Dies wurde besonders krass an dem Punkt der Unterstützung des bewaffneten Kampfes deutlich.

Vor fünf Jahren trat eine neue Phase im Kampf des persischen Volkes ein. Diese neue Phase war gekennzeichnet durch die Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die Organisation FEDAIN DES VOLKES. Seitdem führen mehrere Organisationen einen bewaffneten Kampf gegen das Schah-Regime. Die bekanntesten dieser Organisationen sind die FEDAIN DES VOLKES und VOLKSMODJAHEDIN. Dieser Kampf gewinnt immer mehr ideelle und materielle Unterstützung des Volkes.

Die rechtsabweichlerische Linie sabotiert den bewaffneten Kampf im Iran und bezeichnet die Mitglieder der bewaffneten Organisationen als Terroristen. Sie versuchte, die CISNU daran zu hindern, die Weltöffentlichkeit über diesen Kampf und über das brutale Vorgehen des Schah-Regimes gegen die Revolutionäre zu informieren und so eine breite Unterstützung für diesen Kampf und für diese Kämpfer zu erreichen.

Wie die "Unterstützung" der Antifaschisten durch diese Linie geleistet wurde, wird in dem folgenden Fall besonders deutlich. Diese rechtsabweichlerische Linie rechtfertigte den Folttertod eines persischen Antifaschisten, der zur Tudeh-Partei (Iranische KP, moskauorientiert) gehörte, mit den Worten: "Was soll es? Er war ein Agent des Sozialimperialismus Man würde die CIA-Agenten auch nicht verteidigen, wenn sie vom persischen Regime umgebracht worden wären."

Die CISNU hat seit jeher wegen ihres antiimperialistischen Charakters die antiimperialistischen Bewegungen in der Welt bedingungslos unterstützt. Auch dieser wichtige Grundsatz wurde von den Trägern der rechten Linie abgelehnt. Die rechtsabweichlerische Linie lehnte die Unterstützung der Befreiungsorganisationen

ab, die die Sowjetunion nicht als Hauptfeind der Völker oder als "sozialimperialistische Macht" anerkannten. Am deutlichsten wurde dies bei den Solidaritätsaktionen für PFLO in der BRD.

Die 17 Vereine der FIS konnten nicht mehr die zweijährige Sabotage-Politik des früheren FIS-Vorstandes gegen die CISNU erdulden und beschlossen daher auf ihrer Vertreterversammlung Ende August 1975 in Gießen die Absetzung dieses Vorstandes und beriefen den 19. FIS-Kongreß für Mitte Oktober nach Frankfurt ein."

Aus: 19. Kongress der Föderation Iranischer Studenten in der BRD und Westberlin (Mitglied der CISNU)



## Wolf Biermann

### LIED VOM ROTEN STEIN

#### DER WEISEN

Den roten Stein der Weisen, gib zu!  
Den gibts doch nicht! Genosse, auch du  
Genosse, auch du  
hast ihn nicht gefunden

Wir haben wie blödes Federvieh  
mit rotem Kamm und Kikerikii  
zum Gaudi für die Bourgeoisie  
uns oft genug zerschunden

Der Kampf ist hart genug. Der Feind  
ist schlau und hat sich längst vereint  
und will uns einzeln schlagen.

Genossen: fragt nicht penetrant  
Wie in dem Märchen hirnverbrannt:  
»Wer ist der Linkste im ganzen Land?«  
— das kann kein Spiegel sagen!



Spanien:

# Kontinuität oder Bruch?

Die Entwicklung in Spanien stand in den ersten Wochen des neuen Jahres im Zeichen des zähen Ringens zwischen den Kräften des "Kontinuumismus" und jenen des demokratischen Bruchs, worunter die Beseitigung aller faschistischen Strukturen verstanden wird, unter Vermeidung eines Bürgerkriegs. Dabei gingen die Auseinandersetzungen auf folgenden Ebenen vor sich: Manöver der Krone und der Arias-Regierung nach links und rechts, um Zeit und Spielraum zu gewinnen. Sie brauchen sie, um die Eingliederung Spaniens in die EG langsam aber sicher voranzutreiben. Genau dies ist auch der Hintergrund der Bemühungen der CDU gewesen, anlässlich der ersten offiziellen Konferenz der christlich-demokratischen Gruppen in Spanien Bündnispartner zu gewinnen und damit gegenüber der Sozialdemokratie gleichzuziehen, die mit der PSOE Felipe Gonzales' für die Wahrung ihrer Positionen in Spanien vorgesorgt hat. Schließlich die wichtigste Ebene der Auseinandersetzungen: die Arbeitskämpfe, Kundgebungen und Demonstrationen, die sowohl ihrem Umfang, als auch ihrer Bedeutung nach im Wachsen begriffen sind. Ein traditionell wichtiger Teil dieser Kämpfe sind die immer schärfer gestellten Forderungen im Rahmen der Nationalitätenproblematik Spaniens.

## JUAN CARLOS UND ARIAS UNTER DRUCK VON LINKS NACH RECHTS

In einer programmatischen Rede Ende Jänner sprach Arias Navarro von einer "spanischen Demokratie". Er versprach eine Steuerreform und eine Verbesserung der Ausrüstung der Armee, einige Veränderungen in der Verwaltungsstruktur, darunter auch die Abschaffung der Sondergerichte mit Ausnahme der Kirchenggerichte und der Militärjustiz. Im Mittelpunkt der Außenpolitik steht die Eingliederung in die EG und die Überlegung um eine Vollmitgliedschaft in der NATO. Zu den anstehenden aktuell politischen Fragen, zur Amnestie, zur Zulassung von politischen Parteien und freien Gewerkschaften: ein klares NEIN. Die Rede wurde von

der gesamten spanischen Opposition, von den Christdemokraten aller Schattierungen bis zu den Kommunisten scharf kritisiert und abgelehnt. Ein Kommentator schrieb in der Zeitung 'Nuevo Diario': "Es war eine Rede der Furcht." Die Bestrebungen, die Demokratische Junta und die Plattform der demokratischen Konvergenz zu vereinheitlichen und unter einem neuen Namen demnächst der Öffentlichkeit vorzustellen, erhielten durch diese Rede Arias' neuen Auftrieb. Innenminister Manuel Fraga sprach einige Tage später von der Bereinigung des Vereinigungsrechts, die in Zusammenhang mit der geplanten Volksabstimmung vor den Gemeindewahlen im November wirksam werden soll. Er trat für die Respektierung der PSOE und der Christdemokraten Spaniens ein, bezeichnete aber die PCE als zu großes Risiko "in der ersten Etappe".

Am 7. Feber erläßt die Regierung ein neues Dekret, in dem einige Stellen aus dem unter Franco erlassenen Dekret über Terrorismus und Subversion gestrichen werden. Sie betreffen den Zwang zur Verhängung der Todesstrafe bei Attentaten oder Entführungen mit tödlichem Ausgang und die unklaren Vorschriften über die Beschränkung der Verteidigung und die Bestrafung von Presseberichten über Subversion. Beibehalten werden die Verfügungen, wonach die Polizei Bürger ohne Haftbefehl 72 Stunden lang festhalten und Durchsuchungen ohne richterlichen Befehl vornehmen kann.

Alle diese Maßnahmen stehen in Zusammenhang mit den Beratungen des EG-Ministerrates über die Aufnahme Spaniens als Vollmitglied in die EG. Der EG-Ministerrat bot nur die Wiederaufnahme der im Herbst 1975 anlässlich der Hinrichtung der fünf Antifaschisten abgebrochenen Verhandlungen über einen Präferenzvertrag an. Spanien wünscht dagegen sofortige Übergangsverhandlungen und pocht dabei auf den "neuen Weg" zur Demokratie. Der Handelsminister Leopoldo Calvo Sotelo wies dabei auf den Termin für allgemeine Parlamentswahlen nach dem April

1977 hin und meinte, Spanien sei zwar formal noch keine Demokratie, werde es aber in kurzer Zeit sein.



## SPANISCHE CHRISTDEMOKRATEN FORMIEREN SICH – DIE CDU AUF PARTNERWAHL

Die CSU hat's leichter: sie unterstützt kompromißlos die "Demokratische Union Spaniens", die die Franco-Diktatur ihrerseits kompromißlos unterstützt hat.

Die CDU ist weitsichtiger. Sie suchte Kontakt zu den fünf christdemokratischen Gruppen, die sich in der "Christlich-Demokratischen Equipe" zusammengeschlossen haben und gemeinsam mit den Kommunisten der "Junta Democratica" angehören. Die Fünfergruppe mit drei Regionalgruppen aus Katalonien, Baskenland und Valencia tritt für eine spanische Bundesrepublik ein, während die Favoritin der CSU, die UDE, höchstens eine regionale beschränkte Selbstverwaltung gewähren möchte. Auf der Ende Jänner in Madrid abgehaltenen ersten öffentlichen Versammlung strichen die oppositionellen Christdemokraten nicht eine der politischen Forderungen, die auch von der Linken erhoben werden und bestanden auf der gleichberechtigten Zulassung der Kommunistischen Partei Spaniens. Die CDU-Ver-

treter mußten bei der Pressekonferenz in Madrid vor den in- und ausländischen Journalisten einen regelrechten Eiertanz vollführen, um die gegenwärtige Politik der von ihnen unterstützten Christdemokraten mit ihrer eigenen in Einklang zu bringen. Hasel beispielsweise begründete voll Schläuheit die Richtigkeit der Forderung nach Zulassung der Kommunistischen Partei Spaniens damit, daß es besser sei, diese in der Legalität zu kontrollieren als im Untergrund wirken zu lassen. Er dachte dabei an die Mini-Partei DKP bei sich daheim und tat so als wüßte er nicht, wovor sich die spanische Reaktion so fürchtet: die PCE ist heute schon in der Illegalität die bestimmende und entscheidende Kraft in der Arbeiterbewegung. Ihre Legalisierung wird ihre gesellschaftliche Relevanz noch weitaus eindruckvoller bestätigen. Die CDU-Delegation wurde selbstverständlich trotz ihrer Kontakte zur Opposition von Juan Carlos, Arias Navarro, Innenminister Fraga und Außenminister Areilza empfangen.

#### DIE NATIONALITÄTEN-FRAGE IM VORDERGRUND

Neben Basken, Katalanen, Valencianern und Galiciern wirbt die politische Linke auch in Andalusien für Eigenständigkeit gegenüber der

Zentralgewalt. Auf einer öffentlich abgehaltenen Pressekonferenz erhob der "Rat der politischen Kräfte Kataloniens", ein illegales Regionalparlament, die Forderung nach einem Landesstatus, der einer völligen regionalen Selbstverwaltung gleichkommt. Innenminister Fraga Iribarne versucht hilflos, diese Entwicklung zu steuern. Was sich da an Forderungen anhäuft, ist höchst explosiver politischer Zündstoff, hat sich doch die Politik Francos mit aller Brutalität gegen die Nationalitäten gerichtet, nicht zuletzt wegen deren Treue zur Republik, die den Autonomiewünschen weitgehend Rechnung trug. Baskische Rundfunk- und Fernsehsendungen in Euskadi sind inzwischen erlaubt worden, ebenso baskische Privatschulen. Der Innenminister setzte auch eine Studienkommission für die Ausarbeitung eines eigenen Verwaltungssystems im Baskenland ein, begrenzte aber deren Aufgabenbereich sogleich mit der Bemerkung, daß das Ausspielen der regionalen gegen die nationale Frage "die größte und kriminelle Vernunftwidrigkeit" sei. Ihm geht es um "technisch-juristische Regelungen, die der Vielfalt des Landes gerecht werden". Der Vertreter der Provinz Guipuzcoa ist auch gleich aus der Baskenland-Kommission unter Protest ausgetreten, da er die Farce nicht mitmachen wolle.

Das Stelldichein Juan Carlos' in Barcelona Mitte Februar unterstreicht die Bedeutung, die die Regierung und Krone diesem besonderen Problem beimessen. Nicht wenig dürfte zum Respekt die Tatsache beigetragen haben, die die Stärke der nationalen Bewegung signalisiert, welche in Spanien notgedrungen und traditionell eine sozialpolitische ist: an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagen hat der Rat Zehntausende Menschen in Barcelona auf die Straße gebracht, das zweite Mal waren es annähernd 50 000 wenn man die Autofahrer mitrechnet, die zum Mitmachen durch Hupkonzerte aufgefordert und von denen viele von der Polizei aus den Autos gezerrt und verprügelt wurden. Auch beim offiziellen Empfang wurden dem König die Wünsche der Katalanen nach mehr Selbstverwaltung unterbreitet; Juan Carlos sprach in seiner Antwort das erste Mal von einer "authentischen Demokratie" in Spanien, die auf der Freiheit jedes einzelnen aufbauen müsse.

GESTERN WAREN ES TAUSENDE,  
HEUTE SIND ES ZEHNTAUSENDE,  
MORGEN WERDEN ES HUNDERT-  
TAUSENDE SEIN

Die Streikbewegung griff Ende Jänner auch auf die staatlichen Steinkohlengruben in Asturien über, wo bis zum 1. Februar 9 000 Kumpel ausgesperrt wurden. Zur gleichen Zeit wurde die streikende Belegschaft der mit staatlicher Beteiligung arbeitenden Flugzeugwerke CASA durch ein Dekret des Luftwaffenministeriums dienstverpflichtet und unter Militärrecht gestellt.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte haben die Beamten des Obersten Gerichtshofes in Madrid gestreikt. An einer Versammlung nahmen 1 000 Beamte teil. Auch zum Zeitpunkt des Besuchs des Königs in Barcelona waren Streiks im Gange: die Stadtpolizei streikte! Einheiten von außerhalb mußten gegen sie eingesetzt werden, um sie aus dem Rathaus zu vertreiben, das sie gemeinsam mit Feuerwehrleuten und anderen Bediensteten kurzerhand besetzt hatten.



**Streik-Demonstration der Feuerwehrleute und anderer städtischer Angestellter Barcelonas für höhere Löhne**

Die Regierung sah sich gezwungen, die Polizei von Barcelona ebenfalls unter Militärrecht zu stellen und dienstzuverpflichten. Auch auf über 150 Baustellen der Stadt wurde gestreikt. In Asturien sperrte die staatliche Grubengesellschaft die auf inzwischen 11 000 angewachsenen streikenden Arbeiter für eine weitere Woche aus. Auch die Renault-Werke in Valladolid sperrten wegen anhaltender Streiks 12 000 Arbeiter, fast die ganze Belegschaft, für 21 Tage aus.

Nachdem der sozialkritische Flamenco-Sänger Manuel Gerena zu einer kurzen Haftstrafe, und zu 70.000,- Schilling Geldbuße verurteilt wurde, weil er nach dem Verbot seines Liederabends im Stadttheater von Sevilla auf der Straße ein improvisiertes Konzert gab, gestaltete sich der seit 1968 erste öffentliche Auftritt des Protestsängers Raimon im Sportpalast von Real Madrid vor 5 000 Teilnehmern zu einer machtvollen politischen Kundgebung mit Sprechhören, wie: "Das Volk vereint, wird nie besiegt!", "Juan Carlos hör zu, das Volk ist jetzt im Kampf!" usw. Unter den Ehrengästen war auch Marcelino Camacho und andere Vertreter der Arbeiterkommissionen.

Mit einer neuen Taktik versucht das Regime gegen oppositionelle Offiziere der Armee vorzugehen. Da die anstehenden Prozesse gegen Angehörige der UMD (Demokratische Militärunion) im In- und Ausland mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden, wurde gegen den 39-jährigen Hauptmann Julian Delgado, Mitglied der UMD und einer der bestausgebildeten und meistdekorierten Offiziere der Armee, statt eines Prozesses ein Verfahren vor einem Ehrengericht begonnen, das sonst nur gegen Homosexuelle, Kuppler und Hahnreie eingesetzt wird. Die UMD verband ihren Protest gegen diese Vorgangsweise der Armee mit der Versicherung, die UMD würde im Falle von Massendemonstrationen für einen Bruch mit dem gegenwärtigen System alle Garnisonen auffordern, jeden Schießbefehl zu verweigern.

Die Versuche der PSOE, die vom Regime bevorzugt behandelt wird, sich im Alleingang politisch zu profilieren, werden von der übrigen Linken zurückgewiesen. So wurde ein erstmals bewilligter öffentlicher Vortrag von Felipe Gonzalez im Baskenland durch Sprechchöre verhindert. Es waren über 7 000 Zuhörer in die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät von Bilbao gekommen, die mit ihrem Erscheinen auch gegen das Verbot demonstrieren wollten, das am selben Tag von den Behörden gegen einen angemeldeten Vortrag des Arbeiterpriesters Francisco Garcia Salve erlassen wurde. Die PSOE scheint daraus die Lehren gezogen zu haben: ihr nächster öffentlicher Auftritt am 17. Februar erfolgte gemeinsam mit Vertretern anderer politischer oppositioneller Parteien, darunter der Junta Democratica in der autonomen Universität von Madrid vor Tausenden begeisterten Zuhörern. Simon Sanchez-Montero, der sich bei diesem Anlaß offen als Mitglied des Vorstandes der spanischen KP vorstellte und die freie Rückkehr Carillos aus dem Exil forderte, wurde zwei Tage später verhaftet.

(Abgeschlossen am 20.2.1970)

Z.P.



Zum Streik!  
★

## bundeskongreß

Anfang Jänner beschloß die Vollversammlung unserer Organisation die Orientierung auf den Bundeskongreß für 17. - 19. Juni 1976. Unsere Bundeskongresse haben die Aufgabe, die Erfahrungen und die politische Praxis unserer Organisation in der vorangegangenen Periode, konkret seit März 1973, zusammenzufassen und daraus die politisch-organisatorischen Schwerpunkte für die Tätigkeit der Bewegung für Sozialismus in den folgenden Jahren abzuleiten. Dem entspricht auch die Struktur, die wir unserem Bundeskongreß gegeben haben:

1. Die linke Bewegung in Österreich und die Aufgaben der Bewegung für Sozialismus.  
Rechenschaftsbericht
2. Zur Organisationsproblematik
3. Schwerpunkt-Arbeitskreise zum Bundeskongreß
  - + Betrieb, Gewerkschaft
  - + Bildungspolitik
  - + Jugendpolitik
  - + Kommunalpolitik

Die Diskussion zu diesen Themen, die in der letzten Nummer von "offensiv links" begonnen wurde, hat mittlerweile Dimensionen angenommen, die den Rahmen dieser Zeitschrift sprengen würden. Aus diesem Grund werden die Diskussionsbeiträge zum Bundeskongress der BEWEGUNG für SOZIALISMUS in der Zeitschrift "aspekte - Beiträge zur Theorie und Strategie der Linken" gesammelt.

"aspekte" Nr. 60 enthält:

- Zsolt Patka, Krise und Klassenbewußtsein
- Kurt Langbein, Zur Organisationsfrage
- Paul Herrmann, Zur Rolle der KPs

Ronny Pohoryles, Strategie und Organisation

Bestellungen bitte an den "aspekte"-Vertrieb, 1040 Wien, Belvedereg. 10, Tel. 65 19 52. Für die Abonnenten von "offensiv links" liegt die neueste Nummer der "aspekte" bei.

## bundeskongreß

Portugal:

# Zwischen Euphorie und Resignation



Die gescheiterte Aktion der Fallschirmjäger von Tancos und der nachfolgende schwere Rückschlag für die gesamte Linke hat nicht nur die Schwäche der portugiesischen Linken demonstriert, er zeigte auch deutlich die Schwäche der gesamten europäischen Linken, die sich mit der portugiesischen solidarisch fühlt. Solidarität, die nach wie vor notwendig ist, sollte die Notwendigkeit der Kritik nicht überdecken. Einer Kritik, die Selbstkritik notwendigerweise einschließt, die den Unterschied zwischen der portugiesischen Linken, die zum Handeln gezwungen war und der mitteleuropäischen, die aus solchen Entwicklungen lernen kann, weil sich dort ihre theoretischen Streitereien auch in der Praxis manifestieren.



SÁ CARNEIRO

Unsere Solidaritätsarbeit war in ihrer inhaltlichen Ausrichtung ständig von zwei gegensätzlichen Einschätzungen geprägt – ein Schwanken zwischen einer objektivistischen Bestimmung Portugals als ein Land, in dem die sozialistische Umwälzung nicht möglich ist, und einer subjektivistischen Identifikation mit der radikalen Linken und der Basisbewegung. Dementsprechend überwiegt jetzt nach dem schweren Rückschlag der Versuch, sich selbst der Verantwortung zu entziehen und die Ursachen für die Niederlage ausschließlich darin zu suchen, daß die materiellen und organisatorischen Voraussetzungen nicht gegeben waren, daß auf Grund der faschistischen Vergangenheit kaum Erfahrungen die Schritte der Linken in Portugal bestimmen konnten.

In Portugal ist die Rechte im Vormarsch. Antunes, der mit seinem Dokument einen wesentlichen Schritt zur Zurückdrängung der Linken getan hatte, ist nun der Linksaußen im völlig umstrukturierten Heer. Die MFA ist aufgelöst, sogar PPD-Boß Sa Carneiro warnt wiederholt von der faschistischen Gefahr, die Parlamentswahlen lassen viel eher einen Sieg der Rechten – vor allem der wiedererstarkten CDS und PPD – erwarten, auch Sozialdemokraten werden als "kommunistenfreundlich" angegriffen oder abgesetzt, wie der sozialistische Landwirtschaftsminister oder der Chefredakteur von "Journal Novo" der bis zum 25. November einer der Hauptsprecher der antikommunistischen Kampagne war.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Voraussetzungen sind die Fehler der Linken Portugals durchaus als ähnlichen anzusehen, die von der westeuropäischen Linken gemacht wurden und noch gemacht werden, sollten nicht bestimmte Lernprozesse einsetzen.

Die Strategie der stärksten linken Kraft Portugals – der KP – zielte hauptsächlich darauf ab, die Spitzenpositionen in Staat und Ökonomie zu besetzen. Partizipation an der Macht aber kann für die KP nur sinnvoll sein, wenn sie die Macht zur Veränderung der materiellen Lage verwenden kann. Die KP hat jedoch die Parole nach einer "Produktionsschlacht" ausgegeben, ohne die Frage "für wen" beantworten zu können, sie hat die Agrarstruktur im Norden kaum angetastet, ihr Verhältnis zur Basis wechselte – einmal radikal, wenn sie institutionell schwach ist, einmal abwiegelnd, wenn sie sich administrativ stark fühlt. Was bleibt, ist eine Verstaatlichungspolitik, die kaum als wesentlicher Schritt zu einem Sozialismus, der sich vom sowjetischen Modell unterscheidet, verkauft werden kann – ein gefundenes Fressen für Soares und Co. – das Kreuz, auf das sich die KP selbst genagelt hat.

Die Schwäche der radikalen Linken, die ihren Ursprung hauptsächlich in der Abgrenzung von den traditionellen Arbeiterparteien hat, ist nicht auf die portugiesischen Genossen beschränkt. Die radikale Linke hat über diese Ablehnung hinaus kein



eigenes Selbstbewußtsein gefunden – ihre Handlungen lassen sich als Überbetonung der radikalen Basisbewegung bezeichnen. Sie kritisieren die KP-Lösungen hauptsächlich durch Gegenüberstellung von Maximalforderungen, die nicht in der Lage sind, am existierenden Klassenbewußtsein anzuknüpfen oder gar materiell begründete Ungleichzeitigkeiten des Bewußtseins – wie etwa das Bewußtsein von Kleinbauern und Arbeitern in Kleinbetrieben – zu berücksichtigen.



Symbol: Freiheit für die gefangenen revolutionären Militärs

Die Forderung der FUR nach einer Nationalversammlung, die auf einer Koordination der Räte beruhen sollte, trug weder den vorhandenen ökonomischen Problemen (Notwendigkeit der Orientierung auf die Landwirtschaft, Berücksichtigung der überwiegenden Anzahl von Klein- und Kleinstbetrieben, in denen Räte nicht entwickelt werden können) noch den vorhandenen politischen Kräfteverhältnissen Rechnung. Solange die Basis, von der Nachtrabpolitik der KP enttäuscht, sich radikalisierte, schien der Einfluß der radikalen Linken sich ständig zu vergrößern. Aus Mangel an politischen Alternativen konnte dies jedoch nur ein auf einzelne Mobilisierungen beschränkter Einfluß sein.

Auch in der Frage der Zusammenfassung der Basisorgane unterschieden sich alle linken Organisationen im Wesen nicht von den Instrumen-

talisierungsversuchen der KP. Trotz Einheitsfront verfochten fast alle ihr eigenes Projekt der Koordinierung, es gab Dutzende "Dachorganisationen" mit Alleinvertretungsanspruch. Die Wahlbeteiligung bei den Gewerkschaftswahlen, die oft nur bei 20% liegt, die Reaktion auf die vielfältigen Aufrufe mit Passivität zeigen, daß sich die Arbeiter Portugals nicht als Kanonenfutter der verschiedenen Avantgarden verheizen lassen wollen. Die FUR zerfiel ebenso wie viele Basisorgane, ein Umorientierungsprozeß setzt mit einer Serie von Selbstkritiken ein, die sich vor allem auf die Haltung zur SP beziehen.

Aber auch nach diesem Zerfallsprozeß, der durch die Auflösung der militärischen Linken eingeleitet wurde, sind die Handlungsmöglichkeiten der Linken nicht völlig erschöpft. Die materiellen Probleme der portugiesischen Entwicklung, die zur Radikalisierung geführt haben, bestehen nach wie vor. Aus der Defensive muß unter realistischer Einschätzung der Kräfteverhältnisse eine an den materiellen Bedingungen des Landes orientierte Strategie entwickelt werden. Die Zeiten der von der westeuropäischen Linken euphorisch begrüßten revolutionären Initiativen sind vorüber.

K.L.



»Fall Pliuschtsch«:

## Linksopposition im Exil

In 'offensiv links' Nr. 21 brachten wir unter dem Titel "Politpsychiatrie" einen Artikel über die Rechtfertigungsversuche für die Einsetzung sogenannter "psychiatrischer" Methoden gegen politisch unliebsame Personen. Mittlerweile hat der aus der Sowjetunion ausgereiste Mathematiker Leonid Pliuschtsch in Paris auf einer Pressekonferenz eine lange Erklärung abgegeben, in der er vor allem auf die Praktiken eingeht, die er am eigenen Leib erfahren hat. Darin wird deutlich, daß die Therapien in den sowjetischen Sanatorien mit Psychiatrie oft nichts mehr zu tun haben. An diesen Orten sind oft gewöhnliche Kriminelle als Krankenküster beschäftigt, die mit brutalen und extrem gesundheitsschädlichen Methoden aufsässige "Kranke" "beruhigen". Dazu kommt, daß Irrenhäu-

ser seit jeher, und nicht nur in der Sowjetunion, ein Ort sind, wo Geisteskrankheit oft erst entsteht, wo der Intellekt durch Isolation und Rollenweisung systematisch zerstört wird.

Was aber neben diesen Tatsachen von großer Bedeutung ist, ist, daß Pliuschtsch auch geschildert hat, wofür man in der Sowjetunion für verrückt erklärt wird:

In einem Interview mit "Le Monde" antwortet P. auf die Frage, was es für ihn bedeutet, wenn er immer wieder betont, Kommunist zu sein, folgendes:

"Kommunist sein heißt für mich, für eine Gesellschaft kämpfen, in der es keinen tierischen Kampf ums Dasein und um materielles Wohler-

gehen in darwinistischer Manier mehr geben wird; für eine Gesellschaft, in der sich der Geist von der Vorherrschaft des Magens befreien und wahrhaft schöpferisch sein können wird; denn alle Menschen besitzen, wenn auch unentfaltet, die Anlagen dazu. Aber man muß sie freilegen und es ihnen erlauben, sich zu verwirklichen!"

Frage: Kennen Sie ein Land, wo man auf dem Weg dorthin ist ?

"Nein. Die CSSR war es 1968"

Frage: - und die UdSSR?

"Sicher nicht. Man hat dort einen Staatskapitalismus errichtet. Sollte es eines Tages eine 'Konvergenz' mit dem Westen geben, würde kaum etwas anderes herauskommen als eine Art technokratischer Faschismus, fürchte ich."

Und in seiner Presseerklärung sagt Pliuschtsch, der in der Art seiner Kritik auch ziemlich die noch isolierte Lage der sowjetischen Linksoption charakterisiert, folgendes:

"1964, nach der Absetzung von Chruschtschow, schrieb ich einen Brief an das ZK der KPdSU und sagte meine Meinung über die Demokratisierung in der Sowjetunion. Der Brief gelangte versehentlich zum KGB. Man forderte mich auf, solche Briefe zwei Jahre lang nicht mehr zu schreiben. Ich behielt meine Arbeit und wurde sogar mit Propaganda und einem philosophischen Seminar beauftragt."

Ab 1966 begann ich Artikel für Samisdat (die Untergrundzeitung der sowjetischen Opposition) zu schreiben, über das Wesen der Sowjetregierung, ihre Ideologie und über das nationale Problem in der UdSSR.

Als überzeugter Marxist prüfte ich alle diese Probleme und bezog mich dabei auf die Werke von Marx und Lenin. Ich zeigte, daß der Stalinismus eine thermidorianische und bonapartistische Entartung der Oktoberrevolution ist, daß ein Staatskapitalismus in der Sowjetunion errichtet wurde, daß das Eigentum nicht in

den Händen des Volkes, sondern des Staates ist, der von allen Klassen isoliert ist, daß die Bürokratie im Dienst eines abstrakten Kapitalisten, nämlich des Staates, steht, daß die Sowjetunion in der nationalen Frage die Politik der zaristischen Regierung fortsetzt.

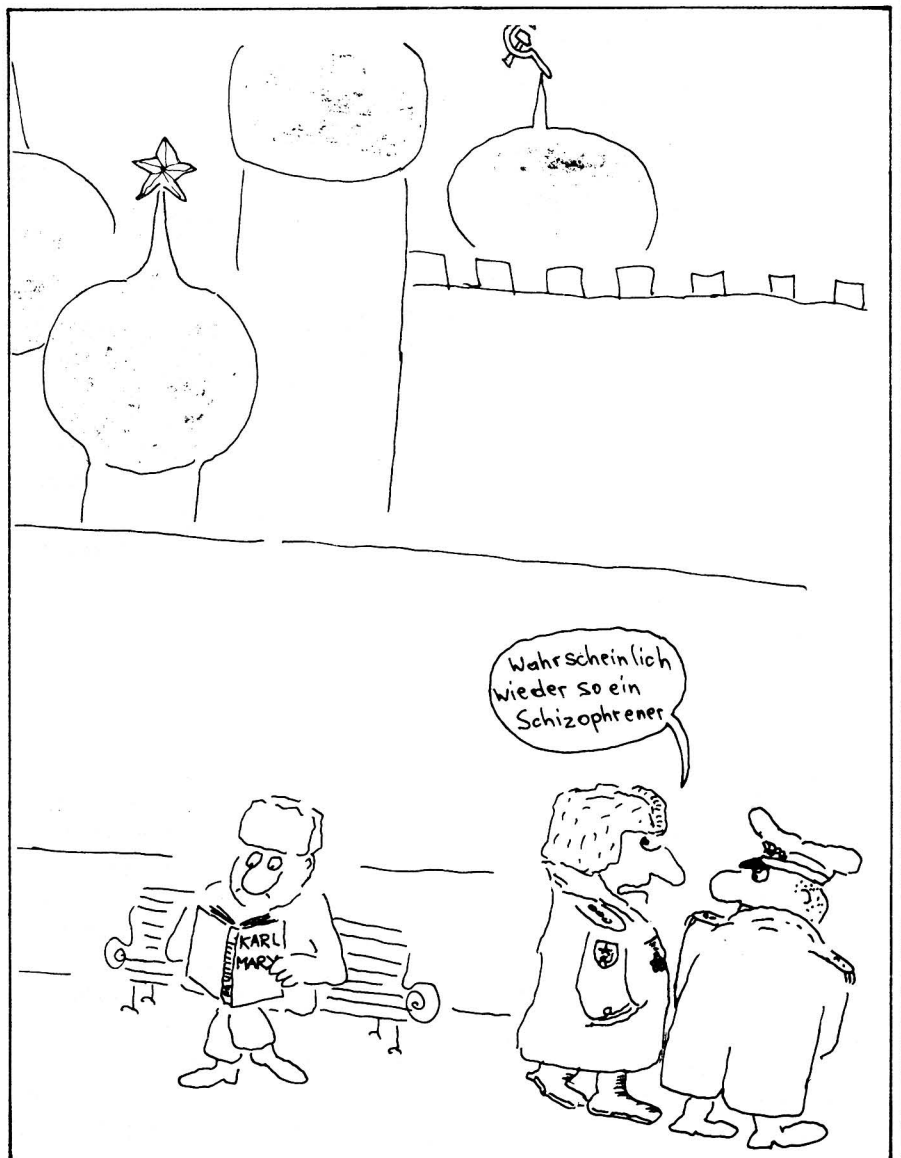
Ich war der Auffassung, daß in der Sowjetunion eine Revolution unmöglich sei, daß sie nicht wünschenswert sei, daß aber eine schrittweise Demokratisierung unerlässlich sei, durch Reformen von oben und Propaganda in der Bevölkerung. Ich wollte praktisch am Kampf für die Demokratisierung teilnehmen, verteilte Ausgaben des Samisdat und sammelte Informationen für die 'Chronik der laufenden Ereignisse' und für den 'Ukrainischen Botschafter', Sprachrohr des Kampfes für die Menschenrechte in der Sowjetunion.

1969 wurde ich Mitglied der 'Initiativegruppe für die Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR', die legal gegen Brüche der sowjetischen Verfassung und der Deklaration der Menschenrechte protestierte. Am 15. Jänner 1972 wurde ich verhaftet und in eine Einzelzelle im Gefängnis von Kiev gesperrt, wo der ukrainische KGB meinen Fall untersuchte. Man warf mir vor, was ich eben erzählt habe. Ich verweigerte alle Aussagen.

(.....)

Im Mai 1972 wurde ich mit einer vorgetäuschten Expertise ins Spitalmilieu gebracht... die Entscheidung zu meiner Einlieferung wurde nach einigen Gesprächen mit ... bedeutenden sowjetischen Psychiatern getroffen. Es gab zwei Expertisen. Letztlich erfuhr ich die Diagnose: "Seit langem schleichend schizophrene."...

Korrespondent  
(Paris) ★



Indochina:

# Das Ende einer alten Ära - der Beginn einer neuen Epoche



Der Sieg der revolutionären Kräfte in Südvietnam und Kambodscha und die jüngste 'Machtübernahme' in Laos durch die Pathet-Lao sind keine außerordentlichen und unerwarteten Ereignisse gewesen, außer insofern, als es äußerst selten ist, daß kleine Länder der Dritten Welt so durchschlagend erfolgreich gewesen sind in der Erlangung ihrer Unabhängigkeit in einer Welt, die von der ökonomischen und militärischen Hegemonie der Großmächte bestimmt wird. Aber obgleich es sich um eine gesamtindochinesische Revolution handelt, sind die einzelnen Länder hinsichtlich ihrer Traditionen und Entwicklung doch sehr verschieden.

## SÜDVIETNAM VOR DER WIEDERVEREINIGUNG MIT DEM NORDEN

Wie der Sekretär der vietnamesischen Arbeiterpartei (Lao Dong) Le Duan so oft geschrieben und gesagt hatte, war eine der ersten Zielsetzungen der provisorischen Revolutionsregierung nach dem endgültigen Sieg über das Thieu-Regime, die psychologische Atmosphäre im Land zu ändern, alte

Formen des Denkens auszuräumen, die "Neue Frau" und den "Neuen Mann" zu schaffen, neue Normen der Moral, neue Beziehungen unter den Menschen, zwischen Individuum und Kollektiv zu etablieren. Neue Normen und Beziehungen allerdings, die durchaus an die Traditionen Vietnams anknüpfen. Der historische Zusammenhalt der vietnamesischen Familie und der Dorfgemeinde wird erneuert. Eine völlig neue Art von Filmen wird gezeigt, Theatergruppen werden aus dem Norden eingeladen. Die vietnamesische Kultur kommt wieder zu Ehren.

Dabei ist man sich der Unterschiedlichkeiten zwischen Norden und Süden sehr wohl bewußt. Nguyen Khac Vien, Herausgeber der Vietnamstudien, veröffentlichte dazu einen Artikel in "Vietnam Courier", in dem es heißt: "Wenn auch 20 Jahre US-Intervention zwischen dem Norden und Süden des Landes große Unterschiedlichkeiten geschaffen haben, so gibt es doch - und das ist bei weitem wichtiger - einige besonders fundamentale Gemeinsamkeiten: Die historische Gemeinsamkeit, die auf einem eintausendjährigem Kampf beruht, die vietnamesische Nation zu festigen und zu verteidigen; die

Gemeinsamkeit des revolutionären Kampfes über ein ganzes Jahrhundert hinweg für die Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit und für soziale Erneuerung. Der Norden wie der Süden haben mit ihrem Blut für die Befreiung des ganzen Landes vom Joch des alten und des neuen Kolonialismus bezahlt. Die Unterschiede sind daneben noch immer riesig, aber wir sind optimistisch."

Seit dem Frühjahr 1975 ist die Integration beider Vietnams auf verschiedenen Ebenen, auf der ökonomischen, sozialen, kulturellen, vorangetrieben worden. Auf der politischen Ebene wird sie durch die Wahlen im April 1976 abgeschlossen werden, aus denen eine gemeinsame Nationalversammlung hervorgehen soll. Natürlich gibt es eine große Anzahl von Vietnamesen im Süden, die mehr Nationalisten als Kommunisten sind, die aber wissen und anerkennen, daß das neue Vietnam unter der Führung der Kommunisten stehen wird. Das bedeutet nicht, daß die "Dritte Kraft" in Südvietnam eliminiert oder außer Landes geschickt worden ist. Im Gegenteil wurden ihre wichtigsten Ver-



treter mit viel Geschick in das neue Regime integriert und das trotz der damit verbundenen Gefahr etwaiger Sabotage angesichts noch vereinzelt operierender ehemaliger Saigoner Söldnertruppen.

Es kann nicht außer Acht gelassen werden, daß der Norden vom französischen Kolonialismus direkt zum Aufbau des Sozialismus geschritten ist, während der Süden zwanzig Jahre amerikanischen Neo-Kolonialismus erdulden mußte. Wobei die US-Ära in Südvietnam mit weit mehr Demokratisierungseffekt verbunden war als die frühere französische Periode. Erstere führte zu einer viel tieferen Zerstörung der sozialen Strukturen durch die künstliche Urbanisierung eines Großteils der bäuerlichen Bevölkerung. Aber der Süden wird von den Erfahrungen des Nordens profitieren können. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der Süden die Fehler und Irrtümer wiederholen wird, die in der Landreform im Norden zwischen 1954 und 1956 gemacht worden sind, Fehler, die inzwischen weitgehend korrigiert wurden. Es darf auch erwartet werden, daß die lokale Demokratie auf der Ebene der Dorfgemeinschaft und der Landbezirke ebenso durchgehend eingeführt wird wie im Norden, wo jedes Mitglied einer Kooperative eine Rolle spielt und ein ständiger Wechsel der Komiteemitglieder stattfindet. Aber eine Schlüs-

selfrage wird auch im Süden die Lösung der Probleme sein, die eine zentralisierte Wirtschaft bezüglich ihrer Bürokratisierungstendenzen mit sich bringt, die in Hanoi oft genug angeprangert wurden, aber für die bis jetzt noch keine Lösung gefunden worden zu sein scheint. Jedenfalls kann der Norden selbst seit 1954 das erste Mal in einer Zeit des Friedens für die gestellten Aufgaben andere als bürokratische Methoden entwickeln.

Alexander Solschenizyn hat auf seine paranoide Art den Vietnamesen im Falle eines Sieges einen kompletten Archipel Gulag prophezeit. Nichts dergleichen, nicht einmal von allzu rigorosen Säuberungen unter den alten Thieu-Administratoren konnte je ein westliches Blatt berichten. Katholiken und Buddhisten, die "Dritte Kraft", wurden auch in die Wiedervereinigungsgespräche einbezogen, und der Erzbischof von Saigon und die Bonzen in den Pagoden predigen einen Nationalismus, der die trennenden Ideologien überwinden kann.

Die größten Probleme sind wirtschaftlicher Natur. Dabei stellten und stellen die drei Millionen Arbeitslosen, von denen allein die Hälfte von der aufgelösten südvietnamesischen Armee und Exekutive kommt, das Hauptproblem dar. Die Hälfte aller Industrieanlagen und Fabriken, die im Raum um Saigon und Bien Hoa konzentriert sind, wurde durch den Krieg zerstört. Mit gewaltiger Anstrengung und viel Improvisationstalent wurden die unversehrt gebliebenen Anlagen wieder in Betrieb genommen. Vor dem Sieg der Revolution waren rund 600 000 Menschen in der südvietnamesischen Industrie beschäftigt, davon allein 60 000 in der Textilbranche. Nach Rohbaumwollieferungen aus der Sowjetunion und der Erzeugung von Polyester im eigenen Land konnte die Produktion im vollen Umfang aufrechterhalten werden. Eine fast neue Fahrradfabrik in Saigon, vor dem Fall der Stadt in Betrieb genommen, arbeitet auf vollen Touren, da der Bedarf an Fahrrädern größer ist denn je. Auch das große Camhin-Elektrizitätswerk in der Nähe von Dalat ist wieder instandgesetzt worden, ebenso die Häfen von Saigon, Da Nang und Cam-Ran.

Aus Saigon, dessen Bevölkerung während des Krieges auf 4 Millionen angeschwollen ist, sollen 1,5 Millionen Menschen wieder in ihre Dörfer zurückkehren, was sowohl die Arbeitslosigkeit lindern, als auch das ebenso wichtige Agrarproblem lösen helfen soll. Für die Siedler gibt es hundert Quadratmeter Land pro Kopf und zusätzlich hundert bis hundertfünfzig Quadratmeter Bauland. Ein halbes Jahr werden die Siedler von der Regierung unterstützt, danach müssen sie sich selbst versorgen, beziehungsweise zur Versorgung des gesamten Landes nach Möglichkeit beitragen. Staatliche Läden sind eingerichtet worden, die Konsumgüter, vor allem Reis, zu festen Preisen verkaufen. "Nationale Kapitalisten", die mit dem Thieu-Regime und den Amerikanern nicht kollaboriert haben, wurden zur Mitarbeit aufgefordert, kleine Betriebe in privater Hand belassen. Für Horten von Waren, Schwarzmarktgeschäfte und Spekulation wird als Strafe das gesamte Eigentum des Betreffenden konfisziert. Im Zuge der Währungsreform wurde für 500 alte Piaster ein neuer Piaster eingetauscht, jedoch durften nicht mehr als insgesamt 100 000 Piaster umgetauscht werden. Dabei wurden in erster Linie jene Schmarotzer empfindlich getroffen, die während des Krieges mit fragwürdigen Geschäftspraktiken ein Vermögen angehäuft hatten. Nach der Währungsreform sind die Preise für Konsumgüter um 30 bis 70% gefallen.

Es wird freilich noch lange Zeit dauern und riesige Anstrengungen erfordern, um die Bevölkerung, wie angekündigt, kostenlos medizinisch zu versorgen und jedermann eine kostenlose Erziehung zu gewährleisten.



## KAMBODSCHA

Es muß betont werden, daß die einzige Informationsquelle über Kambodscha—abgesehen von den recht suspekten Berichten, die aus Thailand kommen—die Verlautbarungen Radio Phnom Penhs sind. Analysiert man diese, lassen sich große Unterschiede feststellen bezüglich der Politik und des Programms der kambodschanischen Revolutionäre gegenüber jenen in Südvietnam. Bis jetzt hat noch keine Botschaft in Phnom Penh ihre Tore wiedergeöffnet, obwohl der Flughafen bereits in Betrieb genommen worden ist. Die Isolation des Landes dauert also an.

Drei Formulierungen kehren in allen Stellungnahmen und Verlautbarungen wieder: Unabhängigkeit, Souveränität und die Fähigkeit, eigene Entscheidungen zu fällen. Es wird immer wieder betont, daß der politische wie der militärische Kampf vollkommen unabhängig und eigenständig geführt wurden, "ohne den geringsten Kompromiß". (Erster und nicht letzter Nadelstich gegen die vietnamesischen Nachbarn) Kein Wort des Dankes an Chinesen oder Vietnamesen. (Dazu dürften die Vorfälle auf den Inseln Wai im Golf von Thailand nicht wenig beigetragen haben, die von den Vietnamesen in Besitz genommen worden sind, und unter deren Sockeln riesige Ölvorkommen vermutet werden.)

Auch die ökonomische Entwicklung des Landes, wie die nationale Selbstverteidigung, müssen in diesem Kontext gesehen werden: "Nie und nimmer wird unser Volk um Hilfe von den amerikanischen Imperialisten oder von irgendwelchen anderen Imperialisten bitten." Nach Radio Phnom Penh sind alle Kambodschaner bei der Arbeit, Tag und Nacht—und es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß dem auch wirklich so ist. Jeder "lebt auf die gleiche Art", ist bei den Ausbesserungsarbeiten, in der Landwirtschaft, in der Wasserregulierung eingesetzt, von den Kindern aufwärts bis zu den Ältesten. Die Arbeit wird in Solidaritätsgruppen geleistet, in enger Zusammenarbeit mit der Armee. "Alle Lager und Klassen" marschieren zusammen, ungeachtet aller "politischen und religiösen Verschiedenheiten: der Buddhismus, der Islam und andere."



Demonstration in Vientiane, der Hauptstadt von Laos

## LAOS

Auch die Ereignisse in Laos unterscheiden sich von denen in den anderen indochinesischen Ländern. In Laos bestand seit 1973 eine Koalition zwischen der extremen Rechten, dem Zentrum und dem Pathet Lao, die ihre dominierende Rolle sehr langsam ausbauten. Nach der Befreiung Südvietnams und Kambodschas ging die extreme proamerikanische Rechte ins Exil. Darunter General Vang Pao und seine eintausend Meo-Krieger, die in US-Sold stehen. Sie sind heute an der thailändisch-laotischen Grenze stationiert. . . Die US-Hilfsorganisationen (getarnte CIA-Stellen) verließen ebenfalls das Land und stellten ihre nicht unbeträchtlichen finanziellen Zuwendungen ein. Wie das vor sich ging, ist recht interessant. Demonstrationen fanden statt, hauptsächlich von Studenten durchgeführt, gegen die US-Botschaft und das Hauptquartier von AID ("Amerikanischer Hilfsdienst") gerichtet, ähnlich jenen in Thailand, die dort zu einer Regierung der Mitte ohne Beteiligung der fortschrittlichen Kräfte geführt haben; in Laos waren sie Initialzündung für den Einmarsch der Pathet-Lao-Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung in Vientiane, und es wurde eine Mitte-Links-Regierung gebildet. Für die Flüchtlinge, die daraufhin zu Hauf per Schiff oder Flugzeug außer Landes gingen, ist folgende kleine Episode bezeichnend. Patrice de Beer, Le Monde-Korrespondentin, hörte diese kurze Konversation in der französischen Botschaft in Bangkok mit an, wo laotische Flüchtlinge um Einreisevisa für Frankreich ansuchten: "Warum verlassen sie das Land?" "Weil wir reich sind." "Und

warum bleiben ihre Freunde da?"  
"Weil sie arm sind."

Mit der Etablierung der neuen Regierung im Dezember 1975, an deren Spitze der Führer der Pathet Lao, Souphanovong, steht, ist ein endgültiger Bruch in den Beziehungen zwischen Vientiane und Bangkok eingetreten. Laos ist kein Klientel-Staat mehr. Die Anwesenheit der Meo-Truppen in Thailand und der prominentesten Führer der extremen Rechten nähren die Befürchtungen in Vientiane, daß die USA einen versteckten Kleinkrieg gegen das neue Regime zu schüren versuchen werden. Die Thailänder wiederum befürchten eine verstärkte Unterstützung der eigenen Guerilla-Truppen im Nord-Osten und Süden des Landes durch Vietnam und Laos. Thailand hat auch die Schließung der Grenzen zu Laos verordnet und einen Wirtschaftsboykott verhängt, der Laos von den lebenswichtigen Lieferungen an Reis und Petroleum abschneiden soll. Aber die Rechnung wird nicht aufgehen. Dies ist nur willkommener Anlaß, die Sparmaßnahmen der neuen Regierung, die insbesondere die luxurgewöhnten Mittelschichten treffen sollen, zu begründen. Die Wege über Land und See zur Außenwelt stehen via Kambodscha und Vietnam offen. Über Vietnam ist es jene ausgezeichnete Allwetterstraße, die noch von den Chinesen nach Dien Bien Phu gebaut wurde, wo die französische Kolonialmacht nach dem 2. Weltkrieg von den Viet-Minh vernichtend geschlagen wurde.

(Auszüge aus Vietnam International, herausgegeben von ICDP und redigiert von Peggy Duff)

# Publizistik- studenten organi- sieren sich gewerk- schaftlich

Was das neue Volksblatt vom 30.10.1975 einen "Gag" und "ein starkes Stück" nannte, "mit dem der Gewerkschaftsfunktionär Nenning die Studenten da konfrontiert", war damals schon in das Stadium der Realisierung getreten: die Gewerkschaftsgruppe der Publizistikstudenten. Erste Initiativen in dieser Richtung waren bereits im Herbst 1974 im Rahmen einer von Studenten des Wiener Instituts für Publizistik einberufenen Diskussionsveranstaltung zum Thema Mediengewerkschaft gesetzt worden. Die Ende Januar erfolgte Konstituierung der gewerkschaftlich organisierten Publizistikstudenten zu einer Fachgruppe innerhalb der Jugendgruppe der Gewerkschaft für Privatangestellte bedeutet ein Novum für den ÖGB:

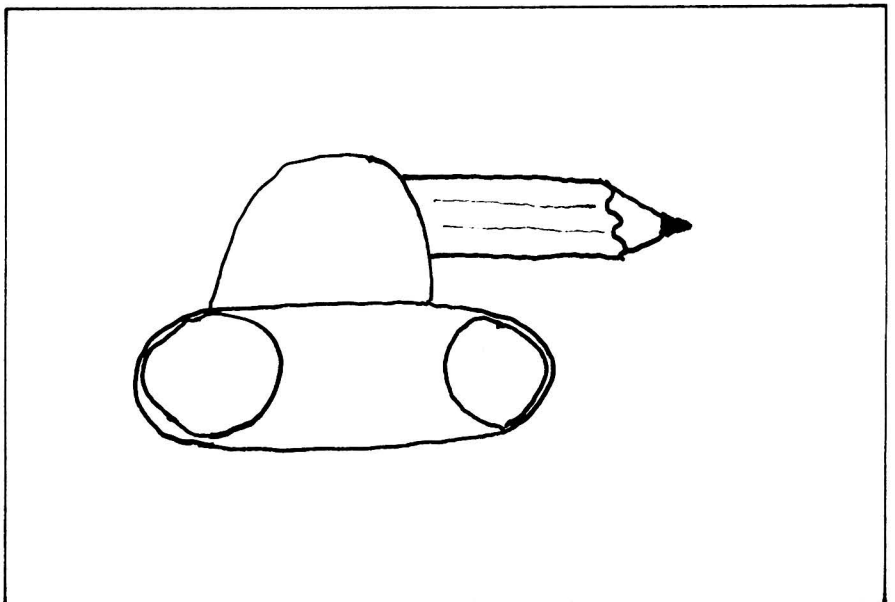
Denn bislang gab es zwar einzelne studentische Gewerkschaftsmitglieder, nicht aber deren fachspezifische Zusammenfassung.

Die Vehemenz, mit der sich die Studierenden der beiden österreichischen Publizistikinstitute (Salzburg, Wien) für eine gewerkschaftliche Organisation einsetzten, ist Antwort auf die relative Rückständigkeit der Massenmedien unseres Landes und der damit verbundenen spezifischen Berufsideologie. Denn der Journalist wird branchenintern teilweise noch immer in die Nähe des "freien Talents", des "schriftstellerischen Genies" gerückt, das diese schillernden Eigenschaften womöglich schon mit der Muttermilch eingesogen hat und nur sich selbst und seinem Gewissen verantwortlich ist. Diese naive Vorstellung, die sozusagen stündlich von der immer weitergehenden Technisierung und Rationalisierung des Mediensektors – z. B. durch Computerumbruch, Zentralredaktion, Pressekonzentration, usw. – überholt wird, indem sie den Journalisten zu einem Fließbandarbeiter der Ideologieproduktion macht, findet in der universitären Ausbildung ihre Entsprechung. Längst blieb die etablierte Publizistikwissenschaft mit ihrer Referierung kaiserlicher Zensurpatente und der ideologischen Rechtfertigung jener "schöpferischen Intelligenz" hinter der Realität zurück und damit auch zunehmend mit dem Wertungsinteresse der Medienunternehmen in Widerspruch, die betriebinterne Schulungen vorziehen.

Diese allgemeinen Tatsachen, verbun-

den mit den tristen Berufschancen auf dem Mediensektor, verschafften dem Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation breite Resonanz (allein das Wiener Institut zählt bereits über 60 Gewerkschaftsmitglieder). Um so bedeutungsvoller ist dies, als zumeist jene skizzierte naive Vorstellung vom Journalistenberuf die meisten Publizistikstudenten in ihrer Studienwahl beeinflusst und daher häufig zu Forderungen nach ständischen Privilegien bzw. nach Effektivierung des Studienplans im Sinne der Medienunternehmen führt.

Die gewerkschaftlich organisierten Studenten begreifen sich hingegen in einer Vorbereitungsphase auf die zukünftige Lohnabhängigkeit, wobei es jetzt schon gilt, Formen solidarischen Verhaltens zu erlernen, die gemeinsame Abhängigkeiten und Interessen sämtlicher Lohnabhängiger zu erkennen und somit sowohl in der Ausbildungsphase, als auch im späteren Berufsleben, entsprechend aktiv zu werden. Das bedeutet konkret für die Publizistikstudenten, an der Erarbeitung von Analysen und Perspektiven des Mediensektors in der Gewerkschaft mitzuwirken und die Ausbildungsmodalitäten im Sinne einer emanzipatorischen Berufspraxis umzugestalten. In diesem Rahmen sind Arbeitskreise geplant, die sich u. a. mit der Berufsfeld Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung der Freien Mitarbeiter, mit Ausbildungsperspektiven und Berufschancen sowie mit der publizistikwissenschaftlichen Ausarbeitung und Propagierung des Gedankens der Me-





diengewerkschaft beschäftigen sollen. Insbesondere der letzte Punkt verdient besondere Aufmerksamkeit. Denn die Organisation aller Medienarbeiter, d. h. der Journalisten, Drucker, des Vertriebs- und Verwaltungspersonals, in einer Gewerkschaft ist angesichts der fortschreitenden medialen Konzentration, der internationalen Verflechtungen des Nachrichtenwesens und der Herausbildung multimedialer Konzerne eine notwendige Maßnahme gegen Verlegerwillkür und Spaltungsmanöver.

Der allgemein bürokratische Handlungsrahmen für diese Aktivitäten ist durch die Struktur des ÖGB teilweise vorgegeben. Wie erwähnt ist die Gewerkschaftsgruppe der Publizistikstudenten eine Fachgruppe innerhalb der Jugendgruppe der GPA und unterliegt damit deren Statuten. Anlässlich der konstituierenden Sitzung wurden daher ein neunköpfiges Vorstandskomitee sowie drei Sprecher gewählt.

Der erste Sprecher wird in den Vorstand der Journalistengewerkschaft mit Antrags- aber ohne Stimmrecht

kooptiert. Eine vom Vorstand beschlossene Grundsatzerklärung, die außer den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen auch Maßnahmen der direkten Demokratie vorsieht, bedarf außer der Bestätigung durch die Vollversammlung der gewerkschaftlich organisierten Publizistikstudenten auch noch der Billigung durch das Präsidium der GPA. So soll z. B. ein imperatives Mandat für die Vorstandsmitglieder gelten und da eine Abwahl derselben in den GPA-Statuten nicht

vorgesehen ist, deren Funktionsdauer auf ein Semester beschränkt bleiben.

Die tatsächliche Effektivität der gewerkschaftlichen Arbeit wird aber nicht zuletzt von der Einheitlichkeit des Vorgehens der studentischen Gewerkschaftsmitglieder, der Überwindung von noch immer vorhandenem Ständedenken und der Erfassung einer möglichst großen Zahl der Studierenden abhängen.

R. H. ★



## Zur „Kurier“-Artikelserie „Der Mensch ist ungleich“

Am gleichen Tag, an dem ich in "offensiv links" die ausgezeichnete Stellungnahme der 15 Wissenschaftler zu der mehr als fragwürdigen Artikelserie des Kurier "Der Mensch ist ungleich" las, kam mir die 1. Folge "Klartext", Zeitung für Nationale Politik, Herausgeber NDP, in die Hände. Und da läßt sich bereits die Antwort auf die Frage "Was verspricht sich der Kurier von dieser "Berichterstattung" ihres Herrn Feichtlbauers?" finden. Ich möchte Euch das nicht vorenthalten und zitiere wörtlich einen Abschnitt aus dem Artikel "Aufbruch" aus dem NDP-Blätchen:

"... So schrecklich auch die Wunden, die der verlorene Krieg unserem deut-

schen Volk geschlagen hat, noch bluten, so sind doch unverkennbare Streifen einer Zeitanwendung am Horizont erkennbar. Fast täglich werden neue Erkenntnisse der Naturwissenschaften veröffentlicht, die die Richtlinien unserer weltanschaulichen Grundlagen bestätigen. Wahrheiten, wie z. B. Vererblichkeit von Intelligenz, die noch vor wenigen Jahren weltweit totgeschwiegen wurden und die sich in unserer Heimat außer der NDP kaum jemand auszusprechen wagte, kann man heute bereits in so großen Tageszeitungen, wie es der Kurier ist, nachlesen (s. d. Artikelserie vom 15., 16., 17. I. 1967). Die nationale Selbstbesinnung hält auch in unserem Volk Einzug. Sanft beginnt die Saat aufzugehen, die von den treuesten Söhnen des Volkes in den letzten 30 schweren Jahren gesät wurde. Geistiger Widerstand gegen die zerstörenden Kräfte des Marxismus und Liberalismus beginnt seine Früchte zu tragen. Es liegt nun an uns allen, mitzuwirken, daß aus der Nationaldemokratischen Partei eine starke politische Kraft wird..."

Ich wollte Euch das auf alle Fälle zur Kenntnis bringen, vielleicht ist es Euch bereits bekannt, dann werft den Brief in den Papierkorb. – Bei der Gelegenheit möchte ich Euch meine Anerkennung für die gute Entwicklung von "offensiv links" ausdrücken. Mit besonderem Interesse habe ich den Eröffnungsartikel zur Bundeskongreßdiskussion von Zsolt Patka "Krise und Klassenbewußtsein" gelesen. Er hat damit eine ausgezeichnete Grundlage für eine interessante und hoffentlich fruchtbare Diskussion geschaffen, denn das Problem "Klassenbewußtsein" und "Systemveränderung" ist für die sozialistische Linke wohl das brennendste aller Probleme. Die Schlußfolgerung Patkas bezüglich der kritisch-selbstkritischen Lernfähigkeit als wichtigste Aufgabe für die Linke, imponiert mir sehr.

Herzlich Grüße  
Else Kende

## Roter Kalender 1976 für Lehrlinge und Schüler



Taschenkalender für den täglichen und nächtlichen Gebrauch. Mit aktuellen und historischen Daten. Literaturhinweisen. Adressen. Vielen vielen Comics. Wenigen Fotos. Haltbarem Plastik einbind. Handlich und schön rot. Und trotzdem billig: 3 Mark 50. Diesmal mit Berichten zu Portugal, Traumfußball, selbstorganisierter Freizeit, Angst und Ordnung, Walls-Walls-Mode, Lehrlingstheater. Mit Aufsätzen zu Bundestagswahl und Reformismus, Berufsausbildung und Ersatzdienst, Prüfungsangst und Schülerstreik, armen Schweinen und terroristischen Butten. Mit lesbaren Gedichten und der Ballade vom Legionär. Und vielen anderen Sachen mehr. In (fast) allen Buchläden oder direkt beim Rotbuch Verlag, 1 Berlin 30, Potsdamer Straße 98.

**Poder  
popular**

Spanien

Angola

Portugal

Interview  
mit  
Arno  
Münster



**Nr. 2  
erschienen!**

PORTUGAL : Interview mit Arno Münster  
Die ökonomische Situation  
Das Bildungswesen  
Berichte zur aktuellen Situation

ANGOLA : MPLA, FLNA und UNITA

SPANIEN : Die politischen Strömungen  
Interview mit einem Mitglied  
der Arbeiterkommission

**GA**

18. Februar bis 17. März 1976  
(Eröffnung 18. Februar 1976 um 19.30 Uhr)  
" ISOLATION " MALEREI UND GRAPHIK  
ERNST ZDRAHAL - KARL SANDNER -  
KARL ANTON FLECK

21. März bis 24. April 1976  
MALEREI UND GRAPHIK AUS TIROL  
GERALD NITSCHKE

**GALERIE AUSTERLITZ**

1090 Wien 9, Währinger Straße 57 — Telefon 42 50 654

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 14—19 Uhr, Samstag 10—13 Uhr

**AUF**

**EINE FRAUENZEITSCHRIFT**

erscheint viermal jährlich  
2. Jahrgang

Heft 6 erschien Ende Jänner 1976

INHALT

Schulbuchanalysen — Sexualerziehung in der Schule — Lohn für/Lohn gegen Hausarbeit — Frauenstreik in Island — Abtreibung auf italienisch — Buchbesprechungen — Wir Frauen.

Einzelheft S 15,- / DM 3,-  
Abonnement S 50,- / DM 10,- /  
Sfr 11,50 (inkl. Porto)

Bestellungen an:  
AKTION UNABHÄNGIGER FRAUEN  
Tendlergasse 6/1-2, A-1090 Wien  
oder  
Einzahlung auf Girokonto der Zentralsparkasse Nr. 606 241 305.

**Bestellkarte für „offensiv links“**

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME .....

ADRESSE .....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)  
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

